

Buenos Aires wird täglich gefährlicher Unsicherheitswelle überrollt die Bürger / Keine Lösung in Sicht

Die Welle der Unsicherheit hat schwer zu kontrollierende Ausmaße erreicht und zeigt in letzter Zeit eine erschreckende Seite: Immer häufiger werden Überfälle auf Häuser verübt, in denen Familien anwesend sind. Das, was die Diebe mitgehen lassen, erscheint für die traumatisierten Opfer im nachhinein geringfügig, gemessen an dem psychologischen Schaden, der die Betroffenen oft noch lange Zeit danach belastet. Angesichts dieser Tatsachen sind die wortreichen Erklärungen der Politiker kaum beruhigend. Innenminister Carlos Corach nennt diese Art von Überfällen „Einzelfälle“, während der bonaerenser Gouverneur Eduardo Duhalde versicherte, die Eskalation der Straftaten habe ihr größtes Ausmaß noch nicht erreicht.

Die Überfälle nehmen kein Ende. Aus der Casa Rosada verlaute, daß gemäß zweier Umfragen, deren Ergebnisse bisher nicht veröffentlicht wurden, 1998 42 Prozent der Bewohner von Buenos Aires Opfer eines Raubdeliktes wurden. Das sind sieben Prozent mehr als 1997. In Groß-Buenos Aires waren 52 Prozent der Bürger Opfer eines Raubes, eines Überfalls oder eines Handtaschenräubers, zwölf Prozent mehr als im Vorjahr.

In dieser Woche wurde ein Ehepaar in seinem Haus in Vicente López von drei jungen Burschen überfallen. Einer der Verbrecher verging sich an der Frau, während ein anderer versuchte, den Ehemann mit einem Stromkabel umzubringen. Im Stadtteil Belgrano drangen fünf Verbrecher in ein Haus ein und nahmen auf der Flucht zwei Frauen und zwei Kinder als Geiseln. Vor etwas mehr als 14 Tagen

nahmen Gangster in drei Fällen - zwei in Liniers, einer in Villa Luro - Geiseln in den Häusern, die sie überfallen hatten.

Maßnahmen gegen die Eskalation blieben erfolglos. In der Provinz wurde die Strafprozessordnung reformiert, doch auch dies ohne Auswirkungen auf die Verbrechenswelle. „Im Oktober war eine Zunahme der Straftaten zu vermerken, und ein weiterer Anstieg im Sommer. Man spürt mehr Gewaltbereitschaft auf der Straße“, erklärte am Mittwoch der bonaerenser Minister für Sicherheit, León Arslanián. „Die Gewalt ist ein Produkt akuter sozialer Konflikte und der Armut, die immer größer wird“, versichert der Minister.

Aus Unterlagen des INDEC, des Staatlichen Statistischen Institutes, geht hervor, daß die Arbeitslosenquote in Stadt und Provinz 13,3 Prozent beträgt. In der Provinz gibt es eine Million Kinder und Jugendliche, denen es an den absolut notwendigen Existenzgrundlagen mangelt. In der Stadt verloren allein im Februar 9.000 Personen ihren Arbeitsplatz. Sicherheitsstaatssekretär Miguel Angel Toma hat jetzt zugegeben, daß das soziale Problem etwas Einfluß auf das radikale Ansteigen der Unsicherheit habe. Während weiter darüber diskutiert wird, welche Gesetze geändert werden sollten und wofür, und während Gangster weiterhin in Häuser einbrechen und Geiseln nehmen, interviewte das Umfrageinstitut Centro de Estudios Unión para la Nueva Mayoría 60 Richter und Polizeibeamte. Auf die Frage, wie es ihrer Meinung nach in zwei Jahren um die Sicherheit bestellt sein würde, antworteten 42 Prozent mit nur einem Wort: „Schlechter!“

Edesur muß zahlen

Die Kontrollbehörde Ente Nacional Regulador de la Electricidad (ENRE) hat am Mittwoch den Antrag des Stromunternehmens Edesur auf Neubewertung der Entschädigungen für den „apagón“ (Stromausfall), von dem zehn Tage lang mehr als 150.000 Stromkunden betroffen waren, abgelehnt. Das Unternehmen prüft jetzt die Form, in der die 90 Millionen Pesos gezahlt werden sollen. Bei der Ablehnung stützte sich die ENRE auf die Resolution 471/99. Die Stromkatastrophe hatte in zehn Stadtteilen zwischen dem 15. und 24. Februar das Licht ausgehen lassen. Ein ENRE-Sprecher erklärte, das Energiesekretariat müsse jetzt entscheiden, wie das Unternehmen zahlen muß. Allerdings weiß niemand, wie die Geschichte jetzt weitergeht. Im Prinzip müßte ein Stromverbraucher, der zehn Tage ohne Licht war, eine Entschädigung von 1000 Pesos erhalten. Edesur aber hat von Anfang an erklärt, daß diese Summen nicht bezahlt werden würden, und startete einen „freiwilligen Entschädigungsplan“. Mit dem erklärten sich bislang 115.000 Stromverbraucher einverstanden. Allerdings mit Vorbehalt.

Besuch des Dalai Lama

Der Dalai Lama, das religiöse Oberhaupt Tibets, hat eine Beendigung des Krieges im Kosovo gefordert. „Gewalt löst keine Probleme. Ich glaube, daß der Dialog die beste Lösung ist“, sagte der Friedensnobelpreisträger von 1989 am Donnerstag in Buenos Aires. Doch bedürfe es hierzu des politischen Willens aller Beteiligten. Der Dalai Lama war am Mittwoch zu einem „geistigen und kulturellen“ Besuch eingetroffen, wie der Besucher gegenüber der Presse erklärte. Am Freitag erhielt er für „seine beharrliche Tätigkeit in der Verteidigung der Prinzipien der Gewaltlosigkeit, des Friedens und der Freiheit“ die Ehrendoktorwürde der Universität von Buenos Aires. In der Aula Magna der Medizinischen Fakultät fand zuvor ein Gespräch zum Thema „Dialog zwischen Wissenschaft und Religion“ statt, an dem neben dem Dalai Lama der Schriftsteller Marcos Aguinis, der Geistliche Domingo Basso und Humberto Maturano teilnahmen. Davor hatte ihn der Chef der Stadtregierung, Fernando de la Rúa, zum Ehrenbürger der Stadt erklärt. Am Donnerstag sprach der 64jährige mit Senatoren und Abgeordneten verschiedener Fraktionen im Kongreß.

Schärfere Strafen für Hausbesetzer 120.000 Personen in der Hauptstadt wohnen illegal

Die Regierung will schärfere Strafen für Hausbesetzer (usurpadores de viviendas) durchsetzen und hat dem Kongreß eine Vorlage eingereicht, derzufolge die Strafandrohung des Artikels 181 des Strafgesetzbuches auf zwischen sechs Monaten und vier Jahre Haft erhöht werden soll. Derzeit sieht der Strafrahmen für Hausbesetzer Haft von einem Monat bis zu zwei Jahren vor. Von Präsident Carlos Menem, Justizminister Raúl Granillo Ocampo und Kabinettschef Jorge Rodríguez unterzeichnet, muß das Projekt jetzt die verschiedenen Kommissionen der Abgeordnetenkammer durchlaufen. Carlos Oviedo Montaña, der Sprecher des Chefs der PJ-Abgeordnetenfraktion erklärte, es bestehe ein Interesse an der schnellen Verabschiedung der Vorlage. „Man schätzt, daß die Beratung höchstens zwischen 30 und 60 Tage in Anspruch nehmen wird, bevor das Gesetz voll rechtskräftig wird“, sagte Montaña. Das Projekt schreibt dem Richter, der im Fall eines besetzten Hauses interveniert, „die unmittelbare Wiederherstellung des Besitzstandes in provisorischer Form“ vor, wozu nur der Antrag eines Staatsanwaltes, egal in welchem Moment des Untersuchungsverfahrens, erforderlich ist. Dies ist eine Änderung des Artikels 311 der Prozessordnung, in dem derartige Massnahmen in dieser Phase des Verfahrens nicht vorgesehen sind. Das heißt, in dem Projekt wird vorgeschlagen, daß das Opfer einer Hausbesetzung sein Haus wiederbekommt, während das Verfahren noch läuft, nicht erst am Ende, wie dies heute der Fall ist. Zuzufolge einer Schätzung der Wohnungskommission der Legislative der Stadt Buenos Aires lebten Ende des vergangenen Jahres rund 120.000 Personen in der Hauptstadt unter illegalen Bedingungen. Auf Landesebene sollen es rund eine Million Menschen sein, die illegal in besetzten Häusern leben. In dem erwähnten Projekt ist auch die Bestrafung derer vorgesehen, die nicht legitime „Verträge“ oder andere gefälschte „Dokumente“ für den Einzug gegen Bezahlung aushändigen.

Gegen das korporative Regierungsmodell

In einer bei ihm bisher unbekanntenen politischen Geste hat Wirtschaftsminister Roque Fernández in der Vorwoche den Staatssekretär für Ackerbau, Viehzucht, Fischerei und Nahrungsindustrie, Gumersindo Alonso, zur Demission gedrängt. Alonso weigerte sich anfangs, musste aber klein begeben, nachdem bekannt wurde, dass der in Italien weilende Präsident Menem seinen Wirtschaftsminister unterstützte.

Alonso war im Vorjahr als Nachfolger von Felipe Solá zum Landwirtschaftssekretär auf Empfehlung des Senators aus Córdoba, José Manuel de la Sota, vom Präsidenten ernannt worden, der offenbar seinen Wirtschaftsminister weder gefragt noch ihm das Vorrecht eingeräumt hatte, seinen eigenen Untergebenen im Landwirtschaftsbereich zu empfehlen. Es ging damals um die brisante erneute Wiederwahl, die Menem klammheimlich vorwärts trieb. De la Sota siegte später in der Gouverneurswahl gegen den radikalen Amtsträger Ramón Mestre in der Hochburg der oppositionellen UCR und nahm seither deutlich Stellung zugunsten der erneuten Wiederwahl Menems. Alonso war Agrarlobbyist in Rio Cuarto gewesen und wurde als möglicher Kandidat für das Bürgermeisteramt dieser südcordobesischen Stadt gehandelt. De la Sota übte Einfluss unter Parteigrößen zugunsten der erneuten Wiederwahl, ebenso wie Senator Antonio Cafiero aus Buenos Aires, der als damaliger Gouverneur und Parteivorsitzender mit De la Sota als Formelpartner die Internwahl vom Juli 1988 gegen Menem und Duhalde verloren hatte. Beide frühere Parteigegner Menems spielten mit Menem gegen Duhalde, damals Formelpartner des Präsidenten, solange die Wiederwahl im Gespräch war.

Inzwischen ist die erneute Wiederwahl im Abseits gelandet. De la Sota genießt nicht mehr seinen vorherigen politischen Einfluss in Hinblick auf parteipolitische Schützenhilfe zur Wiederwahl. Menem muss die letzten Monate seiner zehneinhalbjährigen Amtszeit unter ganz anderen politischen Zeichen verwalten, zudem im Umfeld einer Rezession und niedriger Agrarpreise in der Welt, die Argentinien wirtschaftlich schwer schädigen.

Alonso hatte von Anfang an keine guten Beziehungen zum Wirtschaftsminister, in dessen Mammutressort er sich mit den Problemen der Viehzucht, des Ackerbaus, der Forsten, der Fischerei und der Nahrungsindustrie auseinandersetzen musste. Als vorheriger Agrarlobbyist kümmerte sich Alonso viel mehr darum, die Steuerlast der Landwirtschaft abzubauen, als die zahllosen Steuerhinterzieher in diesem Bereich zur Kasse zu bringen. Die bereits fortgeschrittenen Programme seines Vorgängers Felipe Solá, dessen erfahrene Mitarbeiter Alonso umgehend entliess, wurden fallen gelassen. Solá wollte wirksame Steuerkontrollen in der Fleisch- und Mühlenindustrie unter privater Aufsicht einführen. Gleichzeitig bemühte sich der Wirtschaftsminister um neue Steuern auf Aktiven und Zinsen mit dem Ziel, Steuerhinterzieher zur Zahlung zu verpflichten.

Diese Steuern führten zum erbitterten Widerstand aller Agrarlobbyisten, die selbstverständlich nicht die Steuerhinterzieher zu verteidigen angeben, sondern die Steuerzahler im Agrarbereich, die als Folge tiefer Preise und Überschwemmungen bei geringeren Ernten als im Vorjahr Verluste buchen und verschuldet sind. Die Aktivensteuer von einem Prozent wird bekanntlich gegen die Gewinnsteuer angerechnet, so dass sie bei Verlustbilanzen, wie sie die Agrarlobbyisten für ihren Bereich angeben, erst später zum Zuge kommt, wenn wieder Gewinne anfallen. Mit dieser Steuer sollen Hinterzieher zur Kasse gebeten werden, die keine Gewinne ausweisen, weil sie diese mit falschen Belegen abziehen. Die

15prozentige Zinssteuer schmerzt verschuldete Landwirte gleichermaßen wie andere Bankschuldner, weil sie die Kreditkosten anhebt, die im Zeichen niedrigerer Einnahmen als besondere Belastung empfunden wird. Diese Steuer soll ebenfalls Hinterzieher zur Kasse bitten, die sich selber aus dem Ausland Geld leihen und die Zinskosten als Spesen abziehen. Wieweit diese Art der Hinterziehung freilich auch in der Landwirtschaft praktiziert wird, sei dahingestellt.

Alonso opponierte gegen die Steuerpolitik der Wirtschaftsführung und machte neuerdings gemeinsame Sache mit den Agrarlobbyisten, die demnächst einen angeblichen Streik organisieren. Die Landwirte werden aufgefordert, mehrere Tage lang keine Geschäfte mit Verkäufen und Einkäufen abzuwickeln sowie gegebenenfalls den Verkehr auf Überlandstrassen mit Kundgebungen zu stören, wie es längst mehrere andere Interessengruppen als Druckmittel gegen die Regierung vollziehen.

Die Ernennung Alonsos als Agrarlobbyist im nationalen Kabinett entsprach zwar wahlpolitischen Motivationen, war aber ungewollt eine Wiederherstellung früherer Regierungsgewohnheiten, die Lobbyisten der jeweiligen Sparten mit den Aufgaben zu betreiben, ihre Brancheninteressen im Amt wahrzunehmen. Das gilt als Regierungskorporativismus, indem die Korporationen, lies in diesem Fall die Agrarlobbyisten in Gestalt von Kammern, Verbänden und Vereinigungen der Genossenschaften, ihre Vertreter in die Regierung entsenden, wo sie dann die eigenen Interessen wahrnehmen. Dass auch andere Branchenlobbyisten jene Ernennung Alonsos im Sinn des Regierungskorporativismus ausgelegt hatten, konnte man am Wunsch der Industrielobbyisten ablesen, die auf die Ernennung eines Industriellen im Staatssekretariat für Industrie, Handel und Bergbau pochten. Die Gewerkschafter der CGT wollten ebenfalls einen Vertreter aus ihren Reihen zum Minister für Arbeit und soziale Sicherheit gekürt haben. Ebenso hätten die Lehrer jemand aus ihren Reihen zum Erziehungsminister ernennen wollen, und so weiter in nahezu jedem Ressort.

Eine Regierung, die auf Korporativismus erpicht ist, scheitert unweigerlich an den uferlosen Forderungen der Lobbies, die nur ihr eigenes Interesse im Auge haben und auf Kosten der Allgemeinheit Pfründe ergattern. Präsident Menem ist zu sehr machtbewusst, als dass er sich einem solchen Konzept unterwerfen würde. So musste er einsehen, dass sein Landwirtschaftssekretär nur als Lobbyist in der Regierung einen offenen Konflikt mit dem Wirtschaftsminister heraufbeschwört hatte, der für den Präsidenten sicherlich ungleich wichtiger ist.

Wirtschaftsminister Fernández hatte zudem wissen lassen, dass er auf sein Amt verzichten würde, sollte Alonso bleiben. Es war, soweit bekannt wurde, das erste Mal gewesen, dass der Minister in einem Regierungskonflikt sein Amt aufs Spiel setzte.

Damit war der Korporativismus als Regierungskonzept gescheitert, der deutlich unvereinbar ist mit einer Wirtschaft und Gesellschaft mit offenen Beziehungen zur Welt, stabilem Geld, Wettbewerb und ordentlichen Staatsfinanzen. Solange Lobbyisten unterschwellig Steuerhinterzieher decken, indem sie hehre Ziele ihrer Bereiche vortragen, müssen sie ihren Anspruch aufgeben, selber die Regierungsgeschäfte zu ihren Gunsten abzuwickeln. Genau das bedeutet der Korporativismus, wie er in Europa nach dem Ersten Weltkrieg entstand und seither immer noch Einfluss ausübt, nicht zuletzt in der Europäischen Union, die viele Dutzend Milliarden Euros jährlich an Subventionen verteilt, ein sicherlich gefundenes Fressen für alle Agrarlobbyisten in Europa.

PJ-Internwahlen am Sonntag

Corach bewirbt sich als Präkandidat für einen Platz im Senat

Im Endspurt der Kampagne für die PJ-Internwahlen zeigte sich am Mittwoch abend in einer eher improvisierten Veranstaltung Innenminister Carlos Corach, der als Präkandidat für den Senat am Sonntag ins interne Parteirennen geht. Bei den Internwahlen des Stadt-PJ konkurrieren zwei menemistische Listen und eine des Duhaldismus. Allerdings ist ein Sitz im Senat die einzige Position, die der PJ ganz sicher erringen kann, da er ihm als Repräsentanz der Minderheit im Distrikt zusteht.

Corachs Konkurrentin ist die derzeitige Staatssekretärin Claudia Bello, die auf der Liste des Ex-Senators Mario „Pacho“ O'Donnell präsent ist.

Auf der Liste des Duhaldismus hingegen bewirbt sich Ex-Kultursekretär Julio Barbaro um die Kandidatur. In diesem Panorama, angesichts der Beteiligung des halben Kabinetts an der Ausscheidung, nahm Innenminister Corach an einem Treffen von Parteimanagern des PJ im Hotel Castelar teil, was schließlich sein einziges Auftreten im Rahmen der Wahlkampagne war. Corach, der sich bis-

her entschieden bedeckt gehalten hatte, rief zur Einigkeit der Partei auf. Der Minister war von seinen Rivalen auf den anderen Listen kritisiert worden, weil er sich nicht bei den Wahlveranstaltungen gezeigt hatte und auch auf keinem Wahlplakat zu sehen war.

Corach ist gemäß den Umfragen einer der Funktionäre im Kabinett von Präsident Carlos Menem mit dem schlechtesten Image. Hinsichtlich seiner Prækandidatur für den Senat versichert der Minister aber, daß er „angesichts der Bitte von vielen Parteifreunden“ zu der Überzeugung gelangt sei, nützlich im Senat sein zu können. Corach fügte hinzu: „Ich glaube, daß wir uns nach dem Sieg am 24. Oktober einer harten Debatte stellen müssen.“

Bezugnehmend auf die Angriffe seiner Rivalin Claudia Bello, die ihn beschuldigt hatte, ein Gespenst im Justizialismus der Stadt zu sein, unterstrich Corach: „Das sind normale Vorgänge im Rahmen einer Internwahl. Mich trifft das nicht, und außerdem habe ich wirklich wenig von einem Gespenst an mir. Erscheine ich doch täglich am Vormittag vor den Kameras und Aufnahmegegeräten der Presse.“

Frieden mit Duhalde

Menem fordert führende Rolle in PJ-Wahlkampagne

Im Rahmen eines Empfangs der CGT-Kuppel am Dienstag in der Residenz in Olivos legte Präsident Carlos Menem seine Karten auf den Tisch und nannte eine Reihe von für ihn unverzichtbaren Bedingungen für einen „Frieden“ mit dem bonaerenser Gouverneur Eduardo Duhalde. Das Treffen war auf Wunsch der Arbeitnehmerzentrale zustande gekommen, die schon seit einiger Zeit als eine Art Vermittlerin in den Differenzen Menems und Duhaldes aufgetreten war.

Nach zweistündiger Sitzung war den Besuchern klar, daß Menem vor allem eine herausragende Rolle in der Præsidentschaftswahlkampagne des PJ beansprucht, ganz gleich, wer der

Kandidat ist. „Menem ist sicher, daß er der beste Kampagnenchef ist, den der Justizialismus haben kann, und das gilt für das Land aber auch für außerhalb der Grenzen“, erklärte einer der CGT-Chefs. Diese Überzeugung wollen die Gewerkschafter auch Duhalde bei ihrem nächsten Treffen mit dem Gouverneur übermitteln.

Auf dieser Basis fordert der Præsident auch Garantien hinsichtlich der Wahlkampfparolen Duhaldes. Mit anderen Worten, der Bonaerenser soll seinen Wahlkampf nicht auf der Kritik der Kosten des Wirtschaftsmodells aufbauen, wie er es bisher tat.

Allerdings verlautete aus dem Kreis der Teilnehmer, daß Me-

nem den Gouverneur nicht in direkter Form angriff und damit zweifelsfrei dem in diesen Tage verhandlungsfreudigen Klima im PJ Rechnung trug. Indirekt jedoch übte er sehr wohl scharfe Kritik und äußerte unter anderem entrüstet: „Ich bin der einzige, der sich (Fernando) de la Rúa entgegenstellt, wenn dieser behauptet, wir würden den Menschen den Rücken zeigen.“ Andererseits aber zeitigte das Treffen eine nicht wegzuleugnende Gewißheit: Menem kokettiert nicht mehr mit der Idee einer neuerlichen Wiederwahl, sondern analysiert jetzt, welches die stärkste Position zur Bewältigung der angeschlagenen Beziehung mit Duhalde ist. Menem beansprucht jedenfalls eine tra-

gende Rolle bei der Entscheidung über die Zusammensetzung der PJ-Formel. Im Klartext: Wenn Duhalde am Ende zum Præsidentschaftskandidaten des PJ gekürt wird, will Menem das letzte Wort über die Nummer 2 der Formel haben.

Die Gewerkschaftsdelegation bestand aus CGT-Generalsekretär Rodolfo Daer und Armando Cavalieri (Handelsangestellte), Luis Barrionuevo (Gastgewerbe), Andrés Rodríguez (Staatsangestellte), Carlos West Ocampo (Angestellte im Gesundheitswesen), Oscar Lescano (Elektriker) und anderen. Für die Regierung nahmen neben Menem Innenminister Carlos Corach und Præsidentgeneralsekretär Alberto Kohan teil.

Landesweiter Lehrerstreik

Rund 2000 Personen veranstalteten ein Festival vor dem Kongreß

Die Teilnahme am Lehrerstreik, zu dem die Confederación de Trabajadores de la Educación (CTERA) in der Forderung nach Gehaltszulagen aufgerufen hatte, war mit Ausnahme von vier Provinzen im ganzen Land groß. In der Hauptstadt feierten rund 2000 Personen ein Festival vor der sogenannten Carpa Blanca, und das Bildungssekretariat gab zu, daß mehr als 90 Prozent der Lehrer nicht in den Schulen erschienen seien. Gemäß der CTERA soll die Beteiligung in der Provinz Buenos Aires gleich gewesen sein, während die bonaerenser Schulbehörden von nur 35 Prozent Beteiligung berichteten. CTERA-Generalsekretärin Marta Maffei nannte den Streik den „größten in der Geschichte der CTERA“.

Das Bildungsministerium verbreitete seine eigenen Zahlen, denen zufolge die Beteiligung in Buenos Aires 97 Prozent und in der Provinz 34 Prozent betragen haben soll. Es war der erste Streik auf Landesebene des Jahres und der neunte Streik seit der Einrichtung der Carpa Blanca am 2. April 1997 vor dem Kongreß. An der Veran-

staltung vor dem Kongreß nahmen die Schauspieler José Sacristán, Oscar Martínez, Menchu Quesada, China Zorrilla und María Rosa Gallo teil. Innenminister Carlos Corach wurde von den Menschen ausgepiffen. Am Vormittag hatte er erklärt, die Lehrer verdienen „tatsächlich viel mehr als 1989“, und hinzugefügt, Menem habe sein Wahlversprechen vom „salariozo“ (Riesengehaltszulage) erfüllt.

Die Lehrer fordern weiterhin Gehaltserhöhungen. Im November hatte der Kongreß eine Autosteuer geschaffen, um die Lehrereinkommen zu verbessern. Die Exekutive legte ihr Veto gegen einen Artikel ein, demzufolge die Staatskasse einspringen sollte, wenn die Einnahmen aus dieser Steuer die für die Gehaltszulage erforderlichen 700 Millionen Pesos jährlich nicht erbringen. Bis jetzt haben die Lehrer noch keinen Peso Gehaltszulage gesehen. Nach Angaben des Præsidenten der Administración Federal de Ingresos Públicos (AFIP, Bundesverwaltung für Öffentliche Einnahmen), Carlos Silvani, sind bis heute gerade zehn Millionen Pesos eingenommen worden.

„Mit Würde überleben“

Nach offiziellen Daten haben 85 Prozent der Rentner nicht das Notwendigste

Entsprechend den Erkenntnissen des Senioren-Sekretariats (Secretaría de la Tercera Edad) beziehen 85 Prozent der Rentner Ruhegelder, die nicht ausreichen, um den Mindestüberlebensbedarf von zwei über 65-jährigen Personen zu decken. Die Behörde geht bei diesen Angaben von einem nicht gerade generösen Betrag von 578 Pesos aus. Zuzufolge den Unterlagen der ANSES erhalten von 3,4 Millionen Beziehern mehr als 2,9 Millionen Rentner und Pensionsempfänger weniger als 500 Pesos. 72 Prozent bekommen sogar weniger als 300 Pesos.

Konsequenterweise müßten die beiden besagten Senioren Rentner sein und jeder von ihnen 300 Pesos monatlich erhalten, um diesen Mindestbedarf decken zu können. Doch ist dies in der Mehrzahl der Haushalte von Rentnern nicht der Fall, sie beziehen in der Regel nur eine Rente. Im Fall der Einzelpersonen, bei denen es sich meistens um die Witwe eines Rentners handelt, reicht die Pension nicht einmal für deren eigenen Min-

destbedarf aus. Im Durchschnitt betragen diese Pensionen 256 Pesos monatlich. Von 1,3 Millionen Pensionsempfängern beziehen 439.000 ganze 150 Pesos und weitere 660.000 zwischen 151 und 300 Pesos.

Angesichts dieser Realität erhält die Mehrzahl der Rentnerhaushalte wirtschaftliche Unterstützung von ihren Kindern, die einen Teil der Ausgaben mittragen. In nicht wenigen Fällen muss der Rentner selbst Gelegenheitsarbeiten (changas) übernehmen oder für illusorische Bezahlung „schwarz“ arbeiten.

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß der Chef des Senioren-Sekretariats Víctor Alderete ist, der auch das Sagen beim Rentnersozialwerk PAMI hat, das sich in einer polemischen Privatisierungsphase befindet. Das Sekretariat hat eine Untersuchung mit dem Ergebnis angestellt, daß es 1,7 Millionen über 65 Jahre alte Personen gibt, die weder Rente noch Pension erhalten. Diese verfügen über Ersparnisse, werden von ihren Kindern oder anderen Familienangehörigen erhalten oder bezie-

hen eine „pensión no contributiva“ (Gnadenrente, für die keine Beiträge bezahlt wurden), die durchschnittlich 141 Pesos beträgt.

Diese Zahlen bekommen jetzt eine größere Bedeutung, weil:

- * das Wirtschaftsministerium eine Erhöhung des Rentenalters der Frauen von 60 auf 65 Jahre und eine Neufestsetzung der derzeitigen Ruhestandsleistungen vorschlägt. Die Mindestrente (PBU oder Prestación Básica Universal - Allgemeine Grundleistung) soll abgeschafft und die Formel für die Berechnung der Rente verkleinert werden.

- * das Arbeitsministerium für ein Dekret eintritt, das die Unternehmen bevollmächtigt, sich der älteren Arbeitnehmer mit langer Firmenzugehörigkeit mittels eines Systems vorweggenommenen Ruhestandes zu entledigen. Dabei erhält der Arbeitnehmer keine Entlassungsentschädigung, sondern einen Teil des Gehalts mit der Garantie, seine Rente zu bekommen, sobald er die Voraussetzungen erfüllt (Rentenalter: 60 Jahre Frauen, 65 Jahre Männer und 30 Jahre Arbeit und Beiträge).

- * das Senioren-Sekretariat einen Vorschlag präsentiert hat, demzufolge die Beantragung der Rente bei Erreichung eines vorbestimmten Alters kein Zwang sein sollte. Der Arbeitnehmer soll das Recht haben, ab einem bestimmten Alter selbst entscheiden können, wann er die Rente beantragt und seinen Arbeitsplatz aufgibt.

Aus der Sekretariatsuntersuchung geht hervor, welcher Art und welcher Zusammensetzung der Mindestbedarf eines Haushalts von zwei über 65 Jahre alten Personen sein muß, damit diese „mit Würde überleben“ können. Sie legt die Ausgabe-

nerhebung des Staatlichen Statistischen Instituts (INDEC) für die Hauptstadt und Groß-Buenos Aires zugrunde, die Durchschnittsausgaben pro Haushalt in Höhe von 1.008 Pesos angeben.

Davon ausgehend wird messerscharf geschlossen, daß der Mindestkonsum der beiden Senioren 578,20 Pesos beträgt. Um auf diesen Betrag zu kommen, wurde das Nichtvorhandensein von zu erhaltenden Kindern oder anderen Mitbewohnern vorausgesetzt, und einige verzichtbare Dinge wie Getränke, Post und Telefon, Zigaretten und Tabak sowie die Haltung des eigenen Wagens wurden ersatzlos gestrichen. Andererseits wurden gestiegene Gesundheitsausgaben registriert, die aber gemäß der Untersuchung vom Rentnersozialwerk PAMI getragen werden.

Die Grundlage der Ernährung der beiden Senioren sind (immer gemäß den Erkenntnissen des Sekretariats) in einem Monat elfmal 500 Gramm Nudeln, drei Hühner a zwei Kilogramm, sechs Kilogramm Fleisch (welcher Art, verschweigt die Untersuchung) und ein Dutzend Eier.

Geschätzt werden dann entsprechend den verschiedenen möglichen Wohnvoraussetzungen, „daß die monatlichen Mietkosten 120 Pesos betragen“. Ist die Wohnung Eigentum, fallen Nebenkosten in gleicher Höhe an. Allerdings berücksichtigt die Untersuchung nicht, daß der Mietpreis in der Stadt im Durchschnitt (zwei Räume, Küche, Badezimmer) 300 Pesos beträgt, wozu, wenn es sich um neuere Häuser handelt, jedenfalls Nebenkosten in Höhe von mindestens 60 Pesos, im Durchschnitt aber rund 80 Pesos anfallen.

Mitwirkung an der Repression

Ex-Kommissar Patti wird Beteiligung an Babyraub vorgeworfen

Ex-Polizeikommissar Luis Patti ist am Mittwoch der Beteiligung an einem Vorfall in La Plata beschuldigt worden, bei dem während der letzten Militärdiktatur ein Baby entführt wurde. Dies geht aus einer Zeugenaussage vor der Justiz hervor, die 24 Stunden nach der Erklärung von Präsident Carlos Menem zur Unterstützung von Pattis Kandidatur als Gouverneur der Provinz Buenos Aires abgelegt wurde. „Patti gehörte zu der Bande, die mein Haus durchsucht hat, und eine Stunde davor war er dabei, als meine Schwiegertochter und drei weitere Personen getötet wurden“, erklärte Isabel Chorovit de Mariani in einer Öffentlichen Anhörung vor der Bundeskammer in La Plata. Gemäß Mariani, die zu den Großmüttern der Plaza de Mayo gehört, drang am 24. November 1976 eine Gruppe von Männern, darunter Patti, in ihr Haus in der Avenida 44 in La Plata ein und zerstörten auf der Suche nach Waffen die Einrichtung. Eine Stunde vorher hatte die Provinzpolizei eine Operation im Hause ihres Sohnes Daniel durchgeführt, wo sich eine Druckerei der Montoneros befand. Es habe dort eine längere Schießerei zwischen der Polizei und den Leuten in dem Haus gegeben, so Mariani, und danach hätte das Heer eingegriffen. Diana Teruggi, Roberto Porfifio, Juan Carlos Poiris und Eduardo Mendiburu wurden bei der Schießerei getötet. Die Bedeutung des Vorgangs geht aus der Anwesenheit des damaligen Polizeichefs Ramón Camps, des Kommandanten des 1. Korps, Carlos Suárez Mason, und des Generals Adolfo Sigwalt hervor. Die drei Monate alte Clara Anahí Marini, die von den Militärs mitgenommen wurde, verschwand. Am Donnerstag erklärte Patti kategorisch: „Ich habe nie in meinem Leben in La Plata einen Einsatz durchgeführt!“



SERVICIOS DIGITALES S.A.

EESPECIALISTA EN
Multimedia, Titulos CD-Rom, Presentaciones
Interactivas, Documentos Electrónicos,
Internet, Intranet y mucho más...

Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina
Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - servicios @maus.com.ar

DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

Hepatitis B-Impfung

Die Schutzimpfung gegen Hepatitis B wird in diesem Jahr in Übereinstimmung mit der Entscheidung einer Expertenkommission in den nationalen Impfkalender eingeschlossen, wie vom Ministerium für Gesundheit und Soziale Aktion bestätigt wurde. Die erste Hepatitis B-Impfung erhalten Neugeborene noch vor Verlassen des Krankenhauses. Danach sind zwei Nachimpfungen vor Beendigung des ersten Lebensjahres erforderlich.

Ostern mit 49 Verkehrstoten

Die Bilanz des langen Wochenendes: 39 Tote und mehr als 50 Verletzte bei zahlreichen Verkehrsunfällen auf den Fernstraßen im ganzen Land. Die Zahl ist größer als die des Vorjahres. Ostern 1998 starben auf den Strassen 24 Personen. Wenn man zu der oben genannten Zahl von 39 Toten die schweren Verkehrsunfälle in den Städten rechnet, dann starben nach Angaben der Behörden auf Fernstraßen und in den Städten in dieser Osterwoche zusammen 49 Personen.

Duhaldistische Zweifel

Der Duhaldismus hat eine Offensive mit dem Ziel eingeleitet, den Aufruf zu einem Nationalkongreß des PJ zu erreichen, auf dem Datum und Bedingungen der Internwahlen für die Kür von Präsidentschaftskandidat und Vize festgelegt werden sollen. In einem Atemzug wurde auf die „Fragilität“ der derzeitigen Internwahlsituation hingewiesen, die immer noch nicht gemäß den Statuten einberufen worden sei.

PJ „züchtigt“ de la Rúa

Der PJ der Stadt hat zu Wochenbeginn den Vorschlag der Allianz einer eingehenderen Kontrolle der privatisierten öffentlichen Dienste scharf kritisiert. Der PJ-Vorsitzende und Vorkandidat für die Stadtregierung, Raúl Granillo Ocampo, warf dem Präsidentschaftskandidaten der Allianz vor, er wolle gar keine Kontrolle in der Stadt, denn in der Stadtverfassung sei die Schaffung einer Kontrollkommission für besagte Dienste zwar festgeschrieben, doch bisher nicht durchgeführt worden.

Cafiero in der Residenz

Der bonaerenser Gouverneursvorkandidat des PJ, Antonio Cafiero, traf sich am Sonntag abend mit Präsident Carlos Menem zu einem Abendessen in der Residenz in Olivos. Das abschliessende Gespräch war einer Analyse der internen Situation der Justizialistischen Partei gewidmet. Cafiero muss sich in der bonaerenser Internwahl dem Vorkandidaten des Duhaldismus, Vizepräsident Carlos Ruckauf stellen.

Rockmusiker will Politiker werden

Litto Nebbia, einer der Begründer der argentinischen Rockmusik, will Nationalabgeordneter für die Stadt werden. Nebbia, der an zweiter Stelle auf der Liste des Duhaldisten und Vorkandidaten für die Stadtregierung Jorge Argüello genannt wird, „empfing“ am Dienstag im Rahmen seiner „Wahlkampagne“ in der Casona del Conde in Palermo zahlreiche Künstler, die seine Kandidatur unterstützen. Es kamen unter anderen Alejandro Dolina, Jaime Torres, Carlos Loiseau (Caloi), Ana María Picchio, Marilina Ross, Ignacio Copani, Silvina Garré, Chango Farías Gómez, Néstor Marconi, Lalo de los Santos, Leda Valladares, Fontova und Enrique Cadícamo.

Unterstützung für Patti

Präsident Carlos Menem hat am Dienstag gegenüber Journalisten eine Lanze für die bonaerenser Gouverneurskandidatur des Bürgermeisters von Escobar, Luis Patti, gebrochen. „Er ist einer der großen Männer in der Politik“, sagte Menem und fügte hinzu: „Er ist vertrauenswürdig und garantiert Sicherheit für alle Bonaerenser.“

US-Senatoren

Zu einem zweitägigen Besuch kam in dieser Woche eine US-Parlamentarierdelegation unter Führung von Senator Tom Daschle (Demokrat für Süd-Dakota) nach Buenos Aires. Auf dem Programm standen Treffen mit Präsident Carlos Menem und Außenminister Guido Di Tella. Gegenstand der Gespräche waren Handels- und Finanzfragen.

Gehaltserhöhung bei der Justiz

Der Richterrat hat am Dienstag seinen Entschluss bestätigt, einer Neuordnung des Gehaltschemas der Justizangestellten zuzustimmen. Auf der anderen Seite wurde die Zuständigkeit des Obersten Gerichtshofes für die Lösung von Gehaltsfragen des Sektors anerkannt. Der Rat bat den Gerichtshof um sein Einverständnis für das Inkrafttreten der vom Rat am 18. März verabschiedeten neuen Gehaltsskala, die Zulagen in Höhe von rund 20 Prozent vorsieht.

Sozialabgaben für Hauspersonal

Die Secretaria de Seguridad Social (Sekretariat für Soziale Sicherheit) hat ein Projekt zur Reform des Systems der Hausangestellten und deren Renten erarbeitet. Gemäß diesem Projekt sollen die Arbeitgeber der Hausangestellten, die mehr als 30 Stunden wöchentlich arbeiten, einen Alleinbeitrag in Höhe von 60 Pesos monatlich leisten, der Rente, Sozialwerk und Seguro de desempleo (Arbeitslosenversicherung) abdeckt. Damit die Arbeitgeber die Hausangestellten auch wirklich registrieren, sieht das Projekt als Anreiz vor, daß sowohl das Gehalt als auch der Beitrag von 60 Pesos monatlich von der Gewinnsteuer (impuesto a las ganancias) voll abgesetzt werden kann. In mehreren europäischen Ländern wird dieses in den letzten Jahren ins Kreuzfeuer der Kritik geratene System angewendet. Kritiker wiesen darauf hin, daß die Steuererleichterungen nur begüterten Personen zugute kommen, da andere sich kein Hauspersonal leisten können. Hausangestellte, die weniger als 30 Stunden wöchentlich für einen oder mehrere Arbeitgeber tätig sind, müssen aus ihrer eigenen Tasche 53 Pesos pro Monat bezahlen, um Rente und Sozialwerk zu sichern. In diesem Fall sind die Arbeitgeber mitverantwortlich, wenn die Hausangestellte ihren Beitrag nicht leisten. In den letzten zweieinhalb Jahren hat die Regierung dem Kongreß mehrere diesbezügliche Projekte eingereicht, die aber im Kommissionsgestrüpp hängenblieben. Die Hausangestellten, ein Sektor, der fast 900.000 Personen umfasst, arbeiten zu 93 Prozent „schwarz“. Aus offiziellen Unterlagen geht hervor, daß nur 60.000 in Haushalten Beschäftigte zum Altersversorgungssystem beitragen. Allerdings ist es auch ein Berufssektor, dessen Angehörige in der Regel arbeitsrechtlich völlig schutzlos sind.

„Semanario Israelita“ stellt Erscheinen ein

Der „Semanario Israelita“, der mit seinem Untertitel „Unabhängiges Jüdisches Wochenblatt“ in den vielen Jahrzehnten seiner Existenz nie Zweifel an seiner Position zugelassen hat, stellt sein Erscheinen in diesem Monat ein. Werner M. Finkelstein, der Herausgeber und Direktor, der auch mehrere Jahrzehnte den Lokalteil des Tageblatts betreute, nennt die von ihm in den vergangenen zwanzig Jahren angewandte Prämisse „unabhängig“ ein Anliegen, das nicht billig zu haben war. Sie war nicht der Grund für das Aus des Wochenblattes, das in erster Linie die deutschen Juden ansprach; es war die stete und unaufhaltsame natürliche Abnahme eben dieses Stammleserkreises und das Fehlen einer sicheren Finanzbasis. Der Vollblutjournalist Finkelstein, der nicht selten aus eigenen Mitteln Druckkosten beglich, gibt auf. Die kleine deutschsprachige jüdische Gemeinschaft verliert mit ihm - er geht nach Berlin zurück - einen immer verständnisvollen Vertreter ihrer Nöte und Besorgnisse und ein Wochenblatt, das in den 20 Jahren von Finkelsteins Direktion zu einem kleinen Bruder des New Yorker „Aufbau“ wurde. Ihm geben wir auf den Weg mit: „Pass uff dir uff, Atze!“

Unsicherheit über Waffentragen

135 Bürger von Benavídez warten seit August auf die erbetene Erlaubnis

Die Entscheidung war, nicht zu entscheiden. Acht Monate, nachdem 135 Bürger im in der nördlichen Stadtumgebung gelegenen bonaerenser Benavídez bei der Justiz beantragt hatten, Waffen tragen zu dürfen, erklärte der Oberste Gerichtshof des Landes, er sei nicht zuständig. Die obersten Richter waren der Meinung, „die lokalen Richter“ müßten den Fall lösen.

Die Bürger von Benavídez hatten seinerzeit ihren Antrag korrekt beim Bundesgericht in San Isidro gestellt, doch der mit der Sache befaßte Richter Roberto Marquevich erklärte sich für nicht zuständig und gab den Fall an den Obersten Gerichtshof weiter. Die höchste Justizinstanz des Landes gab den Fall nun an die untergeordneten Richter zurück, damit diese entscheiden, ob die Bürger sich selbst schützen dürfen, wie sie beantragt hatten, oder nicht.

Im August des vergangenen Jahres hatte eine Bewohnerin von Benavídez, Inés Makarevich de Torregrosa Lastra, den Stein um die Bürgerwehr ins Rollen gebracht.

Die Maßnahme sei nötig, da die Gemeindeverwaltung Tigre, die Provinz und das Land nicht in der Lage seien, die persönliche Sicherheit der Bürger zu gewährleisten.

Makarevich rechtfertigt den Antrag mit der Aufzählung einer Reihe von in dieser Epoche begangenen Straftaten, insbesondere den Fall eines Nachbarn, der bei einem Raubüberfall von den Verbrechern angeschossen wurde und seitdem gelähmt ist.

„In Benavídez versagen die Polizei und die offizielle medizinische Betreuung“, erklärt Fr. Makarevich. In dem schriftlichen Antrag, hinter dessen Text ihr Mann, ein Rechtsanwalt, steht, fordert die Frau mit der Unterstützung von 135 Bürgern des Ortes Genehmigung für das dauernde Tragen von Waffen, Steuerermäßigungen für die Ausgaben für private Wachdienste oder eine Umwandlung des Viertels in einen geschlossenen Wohnbezirk - es sei denn, der Staat würde umgehend umfassende und authentische Sicherheitsbedingungen schaffen.

Randglossen

Nachdem die erneute Wiederwahl Präsident Menems im Abseits gelandet ist, verhandeln seine Mitarbeiter mit Gouverneur Duhalde, der nach dem Verzicht von Senator Carlos „Lole“ Reutemann als sicherer Präsidentschaftskandidat der Justizialistischen Partei gilt. Mehrere Gewerkschafter, die mit dem Präsidenten ein politisches Plauderstündchen absolvierten, beanstandeten den Senator Ramón „Palito“ Ortega als möglichen Formelpartner Duhaldes sowie den Vizepräsidenten Carlos „Rukuku“ Ruckauf als Kandidaten für die Nachfolge Duhaldes im Gouverneursamt. Beide werden als Parteiverräter Menems eingestuft, weil sie nicht gemeinsame Sache mit dem Präsidenten gemacht haben, der ihnen Rang und Namen in der Partei sowie in der Landespolitik verschafft hatte. Politiker pflegen ihre Treue zu wechseln, je nachdem der Wind weht.

Menem und seine Getreuen verachten nicht nur Ortega und Ruckauf, sondern insbesondere den früheren Wirtschaftsminister Domingo Cavallo, der vor zweieinhalb Jahren entlassen worden war und seither einen Konfrontationskurs gegenüber Menem, Innenminister Corach, Präsidialsekretär Kohan sowie mehrere Bundesrichter betreibt. Menems Mannschaft beanstandet eine mögliche Verständigung zwischen Duhalde und Cavallo, die sowohl vor den Wahlen als auch für eine mögliche Stichwahl in Frage käme. Duhaldes Mitarbeiter handeln Cavallo als Kandidaten für das Amt des Regierungschefs in der Bundeshauptstadt, womit sie ihn zur Wahlniederlage gegen den Allianz Kandidaten verurteilen, dem alle Umfragen den Sieg verheissen. Wenn schon eine Wahlniederlage, dann wohl lieber als Präsidentschaftskandidat mit Reststimmen gegen beide Volksparteien, dürfte Cavallo sich vorstellen. Unterdessen bleibt er im Rennen und betreibt Politik.

SE USA CADA
VEZ QUE SE LAVA
SECARROPAS

KOH-I-NOOR

2.800 R.P.M. - TAMBOR DE ACERO INOXIDABLE

NUEVO



GUNTHER KRAUSS S.A.

¡PODEROSO EL CHIQUITIN!

Fabrica y Distribuye AUTOSAL S.A. E. Echeverría 930 (1602) Florida
Pcia. de Buenos Aires-Argentina. Tel.: 730-0011-Fax: 730-0800

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Ausgabensenkung und höheres Defizit

Der Routinebesuch der Delegation des Internationalen Währungsfonds hat dieser Tage die wirtschaftspolitische Diskussion auf die Schatzamtsfinanzen konzentriert. Teresa Ter Minassian aus Italien und Thomas Reichmann aus Chile prüfen die Fiskalaufgaben im ersten Quartal 1999. Es geht darum, wieviel zusätzliches Defizit der IWF als Abweichung der Fiskalziele im dreijährigen Beistandsabkommen („Extended Fund Facilities“ EFF) erlaubt. Das im Abkommen verbrieft Defizit beträgt nahezu US\$ 3,0 Mrd. für ganz 1999.

Dieser Fehlbetrag beruht auf der Annahme, dass die Fiskaleinnahmen (Steuern, Zölle, Tarife, Gebühren, Kapitaleinnahmen und andere) um etwa 7% zunehmen, was im ersten Quartal mitnichten eintrat. Vielmehr liegen die Fiskaleinnahmen leicht unter dem ersten Quartal des Vorjahres, wobei neue Steuern auf Aktiven und Zinsen sowie Privatisierungserlöse der Hypothekenbank und der Restaktien von YPF verhindert haben, dass der Einnahmeausfall als Folge der Rezession noch mehr ausgemacht hat.

Die Rezession begann bekanntlich im vierten Quartal 1998 mit einer BIP-Abnahme von vorerst 0,5%, möglicherweise etwas weniger, wenn die endgültigen Schätzungen des Bruttoinlandsprodukts bekannt werden. Im ersten Quartal 1999 dürfte das BIP um ganze 4% abgenommen haben, wie der Unterstaatssekretär für Programmierung, Rogelio Frigerio (Enkel), mitteilte, dem die Schätzungen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen unterstehen. Für das zweite Quartal nahm Frigerio eine Abnahme von 1% vorweg, die im dritten Quartal sicherlich auf positiv umschaltet, allein weil das Vergleichsquartal des Vorjahres nur knapp über 3% BIP-Zunahme gegen plus 7% im ersten Halbjahr 1998 ausgewiesen hatte.

Private Wirtschaftskonsulenten wie Miguel Angel Broda berechnen bereits, dass die Rezession gegen Jahresmitte ausläuft. Wir haben an dieser Stelle mehrmals vorweggenommen,

dass die Rezession nach vier Quartalen, etwa im dritten Quartal 1999, beendet sein wird. All das wirkt sich auf die Fiskaleinnahmen aus, wiewohl mit mehrmonatiger Verzögerung. Hierbei sei nochmals daran erinnert, dass 1999 sowohl der Preisverfall der sogenannten commodities (Getreide, Stahl, Kupfer, Aluminium und andere) als auch die geringere Ernte von angenommenen 58 Mio. t gegen 67 Mio. t im Vorjahr erschwerend ins Gewicht fällt und die Erholung der Konjunktur beeinträchtigt.

Mit geringeren Fiskaleinnahmen als erwartet, sollen die Ausgaben des Schatzamtes um angenommene \$ 1,5 Mrd. gekürzt werden. Das kann freilich nur bewerkstelligt werden, wenn nahezu alle Staatsbauten sistiert werden, die im Haushalt für 1999 eingeplant sind, sowie auf sonstige Beschaffungen und auf Vertragspersonal im Staat verzichtet wird. Gehälter, Renten, Zinsen und andere Etatposten lassen sich nicht kürzen. Ein Abstrich von \$ 1,5 Mrd. auf mögliche \$ 10 Mrd. bis maximal \$ 12 Mrd., die zur Ausgabensenkung in Frage kommen, ist besonders schmerzvoll.

Mit geringeren Fiskaleinnahmen als erwartet und Ausgabensenkungen, soviel wie möglich ist, verbleibt nur noch die Anhebung der Verschuldungsgrenze, lies des zugelassenen Defizits. Insgesamt werden in Regierungskreisen \$ 2,0 Mrd. gehandelt, so dass je nach der Ausgabensenkung \$ 500 Mio. oder \$ 1,0 Mrd. als zusätzlicher Fehlbetrag herauschaut, den der IWF absegnen soll. In der Folge muss die Wirtschaftsführung im Ausland und Inland entsprechend mehr Bonds unterbringen und die Gesamtschulden der öffentlichen Hand erhöhen. Das zulässige Kassendefizit des Schatzamtes würde dann von bisher fast \$ 3,0 Mrd. auf \$ 3,5 Mrd. oder \$ 4,0 Mrd. zunehmen. Private Wirtschaftskonsulenten rechnen längst mit \$ 4,5 Mrd. oder sogar mehr bis \$ 6,0 Mrd., welche Schätzungen freilich voraussetzen, dass die Rezession weiterhin anhält und keine fühlbare Erholung der Konjunktur im zweiten Halbjahr

eintritt. Hierüber dürfte allenfalls im Verlauf der kommenden Revision der Fondsdelegation im Juli verhandelt werden, die die Fiskalaufgaben im zweiten Quartal prüfen wird.

Dem Kassendefizit müssen freilich alle anderen Neuverschuldungen des Schatzamtes, der Gliedstaaten, der Gemeinden und die Defizite ausserhalb des Haushalts hinzugerechnet werden.

Das Schatzamt gibt längst Bonds, genannt Bocon, für die Verwandten der Verschwundenen bis \$ 3,0 Mrd. aus. Neue Bonds für Exilanten werden gegenwärtig im Kongress verhandelt. Die Zunahme der Forderungen von Exporteuren und deren Lieferanten für die Rückerstattung der Mehrwertsteuer und der Exportsubventionen gehört ebenfalls in das Kapitel Defizit, ebenso die zusätzliche Verschuldung des Schatzamtes mit Bauunternehmen und anderen Gläubigern. Grob geschätzt, dürfte

Fiskaleinnahmen im März über dem Vorjahr

Selbst Unterstaatssekretär für Steuerpolitik G. Rodriguez Usé war überrascht, als er die Gesamtzahlen vom März sah, die ein weitaus besseres Ergebnis ausweisen als er selbst noch in der Vorwoche angekündigt hatte, als er noch \$ 200 Mio. weniger als im März 1998 vorweggenommen hatte. Statt dessen ergab sich ein Plus von \$ 7 Mio. Die gesamten Einnahmen an Steuern, Sozialabgaben, Zöllen und Gebühren lagen im März mit \$ 3,89 Mrd. um 0,2% über März des Vorjahres und um 3,8% über Februar. Das wurde sofort als ein Zeichen der Wende der Konjunktur gedeutet, was es jedoch nur mit Vorbehalten ist. Denn bei den Einnahmen stehen im März zwei neue Posten zu Buche: die Steuer auf den vermuteten Gewinn (Aktivensteuer) mit \$ 101 Mio., und die Steuer auf gezahlte Zinsen mit \$ 64,7 Mio. Dies stellt zusammen 4,2% der gesamten Fiskaleinnahmen dar, die somit ohne diese Sondereinnahmen um 4% gegenüber dem Vorjahr gesunken wären. Bei der Aktivensteuer muss man berücksichtigen, dass sie einen Vorschuss auf die Gewinnsteuer darstellt, so dass ein grosser Teil des jetzt gezahlten Betrages

die gesamte Neuverschuldung der öffentlichen Hand kaum unter 1998 liegen, als geschätzte \$ 10 Mrd. anfielen. Das ist anderthalb Mal mehr als das Kassendefizit von \$ 4,0 Mrd., entspricht 3% des BIP und mehr als 10% der gesamten konsolidierten Ausgaben der öffentlichen Hand von angenommenen fast \$ 90 Mrd..

Solange diese Schwachstelle der argentinischen Makroökonomie nicht mit dem Ausgleich der Ausgaben und Einnahmen in den Griff kommt, wird Argentinien von seinen Gläubigern als zahlungsschwach und riskant eingestuft werden, so dass der gesamte Zinspegel hoch bleibt. Das Schatzamt verschuldet sich zu über 12%, mehr als doppelt so viel wie in USA und Europa. Hohe Zinsen bremsen rentable Investitionsprojekte, verhindern den Abbau der Arbeitslosigkeit und bewirken Volatilität der Wirtschaft mit robusten Rezessionen nach den Expansionsphasen.

dann wieder abgezogen wird. Netto verbleibt dann nur die Besteuerung der Unternehmen, die Verluste ausweisen (real oder durch Hinterziehungsmanöver) oder Verlustvorträge aus Vorjahren haben, die die zu zahlende Steuer des Fiskaljahres übertrifft.

Die Nettoeinnahmen der MWSt. lagen mit \$ 1,68 Mrd. um 8,2% unter dem Vorjahr und um 12% über Februar 1999. Dabei lag jedoch die vom Steueramt (DGI) eingenommene MWSt. um 2,1% über dem Vorjahr und um 0,7% unter dem Vormonat, während die vom Zollamt (DGA) einbehaltene MWSt. um 19,1% unter dem Vorjahr und um 27,5% über dem Vormonat lag. Die Rückzahlungen der MWSt. haben sich mit \$ 85,6 Mio. gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt (plus 102,6%). lagen jedoch um 44,4% unter Februar 1999.

Die Abnahme der vom Zollamt einbehaltenen MWSt. steht in direktem Zusammenhang mit dem starken Rückgang der Importe, die sich in der Verringerung der Aussenhandelssteuern widerspiegelt, die im März \$ 205,8 Mio. erreicht haben, 17,3% weniger als im März 1998 und 3,7% mehr als im Februar. Die Zunahme gegenüber Februar ist

logisch, da die wirtschaftliche Tätigkeit allgemein im März anzieht, nach den Ferienmonaten Januar und Februar, so dass mehr Ware importiert oder aus den Zollwarenlagern geholt wird.

Dass die vom Steueramt eingenommene MWSt. um 2,1% über dem Vorjahr lag, ist eine gute Leistung, bedenkt man, dass das Bruttoinlandsprodukt im März 1999 etwa gleich hoch wie im Vorjahr ausfallen dürfte, wobei jedoch Branchen wie die KFZ-Industrie, die die MWSt. ohne Hinterziehung zahlt (weil ein KFZ sonst nicht registriert werden kann) bei ihrem lokalen Umsatz einen sehr starken Rückgang gegenüber März 1998 aufweisen, während dieser geringer bei Dienstleistungen ist, bei denen die Hinterziehungsrate höher ist. Es scheint somit, dass es gelungen ist, die Erfassung dieser Steuer zu verbessern.

Die Gewinnsteuer weist mit \$ 659,7 Mio. eine Zunahme von 9,8% gegenüber März des Vorjahres auf, liegt dabei auf gleicher Höhe wie im Februar dieses Jahres. Diese Steuer spiegelt hauptsächlich noch die gute Konjunktur des ersten Halbjahres 1998 wider, wobei sich aber auch die Erhöhung des Maximalsatzes, der auch für AGs und G.m.b.H.s gilt, von 33% auf 35% ausgewirkt hat. Ebenfalls besteht hier ein ständiger Fortschritt bei der Erfassung der Hinterziehung, die bei kleinen und mittleren Betrieben und Privatpersonen offensichtlich sehr hoch ist. Sonst müsste diese Steuer einen unverhältnismässig höheren Ertrag ergeben.

Die Arbeitgeberbeiträge zum Pensionierungssystem lagen mit \$ 576,6 Mio. um 0,2% unter dem Vorjahr und um 3,8% über Februar. Hier wirkt sich die schon verfügte Herabsetzung der Beiträge aus, die dann ab April weitergehen soll, sofern dies nicht gestoppt wird, wie es der IWF angeblich fordert. Laut Rodriguez Usé hat die Verringerung der Sätze zunächst einen Einnahmeverlust von \$ 40 bis \$ 50 Mio. bedeutet, so dass bei Ausschluss dieses Faktors eine bedeutende Zunahme stattgefunden hat. Der hohe Beamte verneinte, dass die Abnahme der Arbeitgeberbeiträge, die für dieses Jahr schrittweise vorgesehen ist und insgesamt im ganzen Jahr 10 Punkte ausmachen

soll (bei den Unternehmen, die den vollen Beitrag zahlen, also nicht bei geförderten Gegenden, die schon vorher begünstigt wurden, wo die Abnahme geringer ist), aufgehoben werden würde. Für das Wirtschaftskabinett ist die Abschaffung der Arbeitssteuer, wie sie diese Beiträge im Wesen darstellen, ein doktrinäer Punkt. Die jüngste Steuerreform zielte darauf ab, den Faktor Arbeit zu verbilligen und den Faktor Kapital zu verteuern, um arbeitsintensive Produktionsmethoden anzuspornen, zwecks Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Wie weit dies gelingt, sei dahingestellt.

Die Einnahmen aus persönlichen Beiträgen lagen mit \$ 496,2 Mio. um 1,7% über dem Vorjahr, jedoch gleich wie im Vormonat.

Deflation

Der Index der Konsumentenpreise weist für März eine Abnahme von 0,8% gegenüber dem Vormonat und von 0,6% gegenüber dem Vorjahr aus. Dies ist zum Teil das Ergebnis der Abnahme der Grossistenpreise für Nahrungsmittel, zum Teil aber auch saisonbedingt, da die Ausgaben für Unterhaltung wegen Beendigung der Feriensaison eine Preisabnahme von 4,6% verzeichnen. Das wurde jedoch zum Teil durch die Sparte „Bekleidung“ ausgeglichen, die eine ebenfalls saisonbedingte Zunahme von 0,8% aufweist, weil im März die Herbst- und Winterbekleidung auf den Markt kommt, die am Anfang teuer verkauft wird, und dann je mehr die Wintersaison fortschreitet, verbilligt wird. Bei Nahrungsmitteln gab es auch saisonal bedingte Preisverschiebungen, die sich per Saldo jedoch praktisch ausgleichen. Während Huhn um 3,8% teurer wurde, Kopfsalat um 30,2% und Kürbisse um 27%, sank Obst um 2,9% und Rindfleisch und Milch ebenfalls etwas. Auf alle Fälle ist der Umstand, dass der Index auf Monats- wie auf Jahresbasis gefallen ist, eine Tatsache, die deutlich aus der Reihe fällt und bei vorangehenden Rezessionen nicht eingetreten war. Bei den Grossistenpreisen verzeichnet März zwar eine Zunahme von 0,1%, aber in 12 Monaten sank der Index um ganze 6,3%. Dabei nahmen die Preise für landwirtschaftliche Produkte um 0,4% gegenüber dem Vormonat und

Dass hier die Zunahme geringer als bei den Arbeitnehmerbeiträgen (bei gleichen Abgabesätzen wie im Vorjahr) war, deutet darauf hin, dass ein Rückgang bei den Selbstständigen stattgefunden hat, die normalerweise sehr sensibel auf Rezessionen reagieren. Die Einnahmen des privaten Rentensystems (die bei dem Betrag von \$ 496,2 Mio. eingeschlossen sind) lagen mit \$ 351,3 Mio. um 7,9% über März 1998 und um 2,7% über Februar. Der sanfte Übergang vom staatlichen auf das private System dauert somit an, wobei es grundsätzlich darum geht, dass Personen innerhalb des staatlichen Systems in Pension gehen, die neuen Generationen sich jedoch fast hundertprozentig beim privaten eintragen.

um ganze 19,2% gegenüber dem Vorjahr ab. Hingegen verzeichnen die industriellen Grossistenpreise eine Abnahme von 0,7%, sowohl im Monat wie im Jahr. Diese Abnahme der landwirtschaftlichen Preise ist der Grund für die Aufruhr bei den Landwirten, deren Einkommen dieses Jahr nicht nur durch den Preisverfall (der bei Ölsaaten verhältnismässig viel stärker war) geschmälert wurde, sondern auch durch eine um etwa 20% geringere Ernte von Getreide und Ölsaaten und, was die Landwirte im Norden der Provinz Buenos Aires, Süden von Córdoba und Santa Fe betrifft, durch die grosse Überschwemmung. In anderen Fällen, wie Milch, Äpfel, Zwiebeln und Knoblauch wirkt sich die Brasilien-Krise in Form stark geschrumpfter Nachfrage sehr stark aus.

Die hohe Diskrepanz zwischen der Abnahme der Einzelhandelspreise und der Grossistenpreise weist darauf hin, dass der Handel seine Margen erhöht hat. Dabei sei jedoch darauf hingewiesen, dass die Metzger die vorangehende Hausse bei Rindfleisch nur zum geringsten Teil auf die Endpreise für den Konsumenten abgewälzt hatten. Der Einzelhandel dient gewissermassen als Ausgleichsmechanismus, so dass man erwarten kann, dass eine Erholung der landwirtschaftlichen Preise, wie sie sich schon bei Weizen und Mais andeutet, sich kaum auf die Konsumentenpreise auswirken dürfte.

Konflikte im Mercosur

Nachdem die wirtschaftliche Erschütterung, die die brasilianische Abwertung von Mitte Januar bewirkt hatte, nahezu überwunden ist, wiewohl sie insbesondere bei bestimmten exportorientierten Branchen Argentinien und Uruguays wie Milchprodukte, Obst, Gemüse sowie Kraftfahrzeuge und Zubehör nachwirkt, tauchen neue Konflikte im Mercosur auf, die den Gang der Verhandlungen stören.

Billige Importkredite

Die argentinische Zentralbank hatte am 4. Januar den präferenziellen Zahlungsmodus mit mehreren lateinamerikanischen Staaten ausgesetzt, durch den sich die betreffenden Zentralbanken gegenseitige Kredite zur Abwicklung von Importgeschäften aus den anderen Ländern einräumten. Aladi, der Integrationsverbund von 1980, der die Freihandelszone Alac von 1961 ablöste, diente als Deckmantel. Die Zentralbanken garantierten diese Importkredite, die somit von den Geschäftsbanken billiger vergeben wurden. Dabei war es mehrmals zu Schiebereien mit falschen Belegen gekommen, die die argentinische Zentralbank teuer zu stehen kamen.

Im Rahmen der sogenannten Konvertibilität, die der Notenbank verbietet, Geld zu schöpfen, ausgenommen Dollarkäufe, gehen solche Kreditgeschäfte mit möglichen Geldschöpfungen einher, unbeschadet der Mogeleyen, die sich einstellen. Die Aussetzung des Zahlungssystems ab 4. Januar geschah mit der vorübergehenden Ausnahme des Mercosur, lies Brasilien, Paraguay und Uruguay. Inzwischen lief diese Ausnahmefrist ebenfalls ab, was Proteste aus den Nachbarländern bewirkte. Es ging um angenommene Importgeschäfte aus Mercosur für annähernd eine Milliarde Dollar, die künftig teurer als bisher finanziert werden müssten. Nun hat die Zentralbank auf Gesuch Brasiliens die Galgenfrist für diesen Zahlungsmodus im Mercosur bis zum 4. Juni verlängert. Ob an diesem Termin oder später, auf jeden Fall wird die Finanzpräferenz gelegentlich verschwinden.

Der Zuckerstreit

Ein weiterer Streitfall im Mercosur liegt bekanntlich im Zucker verborgen. Argentinien, Paraguay und Uruguay bestehen darauf, dass Brasilien die verkappte Subvention des Zuckerrohranbaus abschafft, weil dort Zucker nur Nebenprodukt des Alkohols ist, der wiederum dem Benzin beigemischt wird, ohne darauf die Kraftstoffsteuer zu bezahlen. Dadurch hat sich der Anbau von Zuckerrohr in Brasilien gewaltig vermehrt, ist doch dieses Land gegenwärtig weltweit grösster Zuckerproduzent und -exporteur. Die Subvention drückt indirekt auf die Weltmarktpreise. Zucker ist bekanntlich ein Produkt, das auf den Weltmärkten nicht frei verkauft werden darf, weil nahezu alle Länder den Zuckerimport behindern.

Der letzte Zuckerstreit im Mercosur endete im Dezember 1998 mit dem Kompromiss, dass die Subvention durch Sachverständige geprüft werden würde und dass Argentinien als Geste des guten Willens den hohen Zuckerzoll um 10% senken würde. Dieser Zoll belastet die Einfuhr sowohl ausserhalb als auch innerhalb des Mercosur, lies aus Brasilien. Der Zoll schwankt zudem mit den Weltmarktpreisen, ähnlich wie die variable Abschöpfung in der Europäischen Union bei Agrarimporten, die umso höher sind, desto niedriger die Weltmarktpreise liegen. Argentinien hat bis dato die versprochene Senkung des Zuckerzolls nicht nachvollzogen. Die Zuckerindustrie zumal in den Nordwestprovinzen Tucumán, Jujuy und Salta hat energisch gegen den Zollabbau protestiert. Die brasilianische Regierung wartet unterdessen auf die Einhaltung der offiziellen Versprechung Argentiniens. Dass die Abwertung des Real die Entscheidung Argentinien zudem fühlbar erschwert hat, versteht sich am Rande.

Präferenzielle Kraftfahrzeuge

Die Kraftfahrzeugbranche soll bekanntlich per 1. Januar 2000 dem Import von ausserhalb des Mercosur geöffnet werden, allerdings mit einem Aussenzoll von 35%, dem Höchstsatz der vier Mercosur-Partner in der Welthandelsorganisation (WHO). Die argentinische Industrie fordert pausenlos eine Ver-

längerung des bisherigen präferenziellen Abkommens, der den freien Import von ausserhalb verbietet und nur durch Kontingente und Sonderlizenzen zulässt, wogegen der bilaterale Austausch gefördert wird. Die Regierung hält sich an das Abkommen mit Brasilien, das die Öffnung verbietet hat.

Neuerdings fordert die Branchenvertretung Adefa Präferenzimporte zu niedrigeren Zollsätzen, die im Rahmen des Mercosur und der WHO nicht machbar sind, sowie die Abzweigung der Hälfte der Zolleinnahmen sowie Exportrückerstattungen zur Subvention der Ausfuhren und der Zubehörlieferanten. Auch in diesem Umfeld erschwert die Real-Abwertung die argentinische Verhandlungsposition. Solange die Löhne der brasilianischen Fabriken nicht im Gleichklang mit der Abwertung zunehmen, was bisher nicht geschehen ist, gewinnen die Fabrikanten im Nachbarland einen Wettbewerbsvorteil gegenüber der argentinischen Konkurrenz. Zudem sind die argentinischen Haushaltszahlen mit zunehmenden Defizit als Folge der Rezession dermassen angespannt, dass die Regierung kaum auf Subventionswünsche der Branche eingehen kann, wie immer sie verkleidet werden. Andere Branchen warten nur darauf, ihre eigenen Subventionswünsche anzumelden, kaum dass die Kraftfahrzeuge subventioniert werden.

Bilaterale brasilianische Verhandlungen mit CAN-Ländern

Die jüngste Überraschung im Mercosur erfolgte dieser Tage, als der brasilianische Ausserminister Lampreia ankündigte, dass bilaterale Verhandlungen Brasiliens mit den vier Andenpartnern Venezuela, Kolumbien, Ecuador und Peru eingeleitet werden, um Präferenzzölle auszuhandeln. Mercosur verhandelt im Vierergespann seit über einem Jahr mit den vier Andenländern, die sich hochtrabend auf Andengemeinschaft der Nationen (spanisches Kürzel CAN) umgetauft haben, als ob eine andere Bezeichnung dieser Organisation neues Leben einhauchen würde.

Argentinien, Paraguay und Uruguay reagierten sauer auf diesen Alleingang Brasiliens.

Bisher verhandelte Mercosur stets als Vierergespann mit USA, NAFTA, EU, Chile, Bolivien sowie allenfalls anderen Regionen und Ländern. Im Alleingang bricht Brasilien die Zollunion auseinander. Präferenzabkommen Brasiliens mit anderen Ländern, in diesem Fall CAN, öffnen deren Lieferanten den brasilianischen Markt ohne Zollbelastung in Konkurrenz mit den Lieferanten der anderen Mercosurländer, denen wiederum der präferenzielle Zugang zum Markt der CAN-Länder verwehrt wird. Brasilien ist am Export verarbeiteter Produkte in die CAN-Länder interessiert, die anderen Mercosurländer bestehen auf Nahrungsmitteln als Hauptexportprodukte. Brasilien beruft sich auf die beiden bilateralen Abkommen Argentiniens und Uruguays mit Mexiko, die gegen Ende 1998 zumal den präferenziellen Zugang von Ölprodukten in Mexiko bieten. Diese bilateralen Abkommen hatten Brasilien damals verärgert, obwohl sie laut Argentinien vorher abgesegnet worden waren. Ausserdem bemängelt Brasilien die Tatsache, dass Argentinien und Uruguay keine Delegierten zur jüngsten Verhandlungsrunde mit den CAN-Ländern entsandt hatte, so dass Brasilia diese Verhandlungen

als gescheitert einstufte.

Der neue Alleingang Brasiliens verheisst komplizierte Verhandlungen, sofern die CAN-Länder wirklich bereit sein sollten, ihre Märkte zugunsten brasilianischer Industrieprodukte zu öffnen, womit auch Lieferanten aus USA und anderen Ländern diskriminiert werden würden. Vorerst wurden nur bisherige Aladi-Präferenzen zwischen Brasilien und CAN-Ländern um 90 Tage verlängert.

Bisher haben sich die Regierungen der CAN-Länder hinsichtlich eines möglichen Freihandelsabkommens mit Mercosur auf wiederholte Lippenbekenntnisse beschränkt, ohne wie Chile und Bolivien echte Verhandlungen zu führen. Die Freihandelsformel ist bekannt: sofortige Senkung von 30% bis 40% aller Zölle, danach Abbau in mehreren Jahren mit automatischen Zollsenkungen alle sechs oder zwölf Monate und Vereinbarungen über sogenannte sensible Produkte, die später liberalisiert werden. Ob Brasilien im Alleingang bessere Aussichten hat, wenn sich der Freihandel nur auf bestimmte Waren beschränkt, bleibt abzuwarten. Unterdessen hat Brasilien die Zollunion im Mercosur schlechthin in Frage gestellt.

Eine Eisenbahn nach Ezeiza

Das Transportsekretariat hat das Projekt für eine Eisenbahnverbindung vom Stadtzentrum zum Flughafen Ezeiza fertiggestellt und will es in Kürze ausschreiben, damit ein Privatunternehmen diese Strecke für den Personenverkehr errichtet und dann in Konzession für 20 oder mehr Jahre betreibt. Es handelt es sich um eine 40 km lange Strecke für die ein Kostenvoranschlag von US\$ 300 Mio. vorliegt. Die Interessenten können zwischen folgenden drei möglichen Trassen wählen:

a. Die schon bestehende Roca-Bahn, die bis zur Ortschaft Ezeiza führt, soll bis zum Flughafen erweitert werden. In diesem Fall müssten die zahlreichen Überquerungen der Schienen durch Brücken oder Tunnels ersetzt werden, um einen einigermaßen flüssigen Verkehr möglich zu machen. Diese Strecke würde nicht vom Stadtkern ausgehen, was ein Hindernis wäre, da der grösste Teil der Passagiere im Zentrum zusteigt oder sich

dorthin begibt, weil dort die meisten Hotels liegen.

b. Ausgehend von Puerto Madero soll eine die Bahnlinie entlang des Riachuelo führen und erst in der Nähe des Flugplatzes in dessen Richtung abbiegen.

c. Die dritte Trasse (die vom Transportsekretariat vorgezogen wird) geht vom Endbahnhof Constitución aus, benutzt die Untergrundbahnlinien „E“ bis zur General Paz und führt dann entlang der Autobahn „Ricchiéri“ direkt zum Flugplatz.

Die Zuteilung soll an den Bewerber erfolgen, der die niedrigste Subvention fordert, bzw. bereit ist, die höchste Gebühr zu zahlen. Dabei wird selbstverständlich zuerst eine technische Qualifizierung erfolgen. Als Grundbedingung wird gefordert, dass die Fahrtzeit nach Ezeiza auf alle Fälle nicht über 40 Minuten dauern darf. Mit dem Verkehr von und nach dem Flughafen allein geht die Rechnung nicht auf; es müsste somit ein bedeu-

tender Zwischenverkehr geschaffen werden. Man kann vorerst annehmen, dass eine bedeutende Subvention notwendig ist, sei es, dass der Staat einen Teil der Investitionen übernimmt oder finanziert, sei es, dass eine feste jährliche Summe gezahlt wird. Oder der Tarif, der frei ist, müsste sehr hoch ausfallen. Das Projekt ist entstanden, weil die bestehende Autobahn den Verkehr nicht bewältigen kann, der in etwa sechs Jahren entstehen würde, wenn der lokale Stadtflugplatz „Aeroparque“ geschlossen und der Flugverkehr nach Ezeiza verlegt wird. Eigentlich hätte der Konzessionär der Flughäfen für den Bau der Eisenbahn aufkommen müssen. Im Grunde zeigt dieses Projekt, wie verkehrt die Alternative war, den ganzen Flugverkehr nach Ezeiza zu verlegen, statt den Inselflugplatz 3 km vor dem Aeroparque zu errichten, der für die allermeisten Passagiere wesentlich bequemer und zeitsparender gewesen wäre. Das Ezeiza-Projekt ist einfach nicht gut durchstudiert worden.

Allein, die Regierung sollte auch jetzt noch die Inselalternative studieren, zumindest als Ersatz für Aeroparque. Das gesamte Projekt, das beide Flugplätze dort vereinte, war auf etwa US\$ 1,5 Mrd. veranschlagt worden. Ein kleinerer Flugplatz, der dann gelegentlich auswärts ausgebaut werden kann, würde zunächst wohl viel weniger kosten. Wenn man berechnet, was die Passage beim neuen Zug kosten wird, oder was ein Passagier auf

alle Fälle ausgibt, um nach Ezeiza zu fahren, so könnte der Flugplatz wohl durch eine Zugangsgebühr finanziert werden, die sogar eventuell billiger wäre. Als die Flughäfenkonzessionierung ausgeschrieben wurde, wurde zunächst bekanntgegeben, dass das Kriterium der Zuteilung in der Konzessionsgebühr und dem Investitionsvolumen bestehen würde, bei einer Formel, die beide Faktoren berücksichtigt. So wurde es bei der „Road show“ in Europa und den USA angekündigt. Stillschweigend und ohne irgendeine Erklärung wurde die Ausschreibung dann nur auf die Gebühr bezogen, womit derjenige gewinnen würde, der am wenigsten investiert. Damit war das Inselprojekt begraben. Ein tragischer Fehler!

Viele Großstädte beneiden Buenos Aires um die Möglichkeit eines Inselflughafens, der auf einem breiten Fluss mit geringer Tiefe keine technischen Schwierigkeiten bietet. In anderen Ländern mussten Flughäfen auf dem Meer gebaut werden (so Hongkong), die unverhältnismässig teuer ausfielen. Der Inselflugplatz hat den grossen Vorteil, dass er in der Nähe der Stadt liegt, jedoch für diese keinen Lärm bedeutet. Dabei entfällt auch die Gefahr, dass ein Flugzeug über einem bewohnten Haus abstürzt.

Dass ein sonst so wagemutiger Präsident wie Menem diese optimale Lösung für das Flughafenproblem von Buenos Aires nicht gesehen hat, ist schwer zu erklären.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinsen der wichtigsten Banken für Fristdepositen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche in Peso zwischen 6% und 7% sowie in Dollar zwischen 4,75% und 6%.

Der Mervalindex ist in der Berichtswoche zum Donnerstag um 6,94% auf 448,93 gestiegen. Der Burcapindex stieg im gleichen Zeitraum um 5,08% auf 835,48 und der Börsenindex zog um 4,11% auf 18.009,51 Punkte an.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) ist in der Berichtswoche um 0,47% auf 0,741 gestiegen.

Durch Beschluss 380/99 (Amtsblatt vom 6.4.99) hat die AFIP (Föderale Verwaltung für

Staatseinnahmen) verfügt, dass die Forderungen gegen die AFIP wegen Saldi, die aus Vorschüssen wegen zu viel bezahlter MWSt. stammen (Artikel 24 des MWSt.-Gesetzes) in Form von Zertifikaten ausgezahlt werden, die ab dem Jahr 2000 in 5 gleichen Jahrsraten in bar gezahlt werden. Diese Zertifikate sind übertragbar, können jedoch nicht für Zahlung nationaler Steuern eingesetzt werden. Die AFIP wird noch das Verfahren bestimmen, um die Forderungen zu bestätigen.

Durch Beschluss 222/99 des Sekretariates für Industrie, Handel und Bergbau (Amtsblatt vom 9.4.99) wurde bestimmt, dass der Verkäufer eines KFZ, der dieses mit einem Pfandkredit liefert, die Gesamtkosten der Finanzierung angeben muss, also nicht nur effektiven Jahreszinssatz in

Pesos oder in Dollar, sondern auch den Satz der Lebensversicherung, der KFZ-Versicherung, die Kosten der Konteneröffnung, die Bewertungskosten, die Kosten der Sendung des Kontoauszugs und die MWSt. auf Zinsen und andere Kostensparten. Dieser Beschluss fusst auf den Artikeln 41 und 42, Absatz e, des Gesetzes 24.240 über Konsumentenschutz, das wiederum auf dem Artikel 42 der neuen Verfassung beruht, das sich auf die Rechte der Konsumenten bezieht. Staatssekretär Al Guadagni kümmert sich intensiv um die Schaffung höherer Transparenz beim Handel, damit die Konsumenten bei ihren Entscheidungen genau wissen, um was es sich handelt und nicht durch Vorspiegelung falscher Tatsachen irreführt werden.

Wirtschaftsminister Roque Fernández konnte seinen Kandidaten für das Amt des Staatssekretärs für Landwirtschaft nicht durchsetzen: Jesús Leguiza, vormals Unterstaatssekretär im Landwirtschaftssekretariat, bleibt sein Berater. José Manuel De la Sota, der gewählte Gouverneur, von Cordoba, der den zurückgetretenen Gumerindo Alonso gestellt hatte, traf sich letzte Woche mit Menem, um das Amt weiterhin für einen seiner Leute zu beanspruchen. So wurde schliesslich Ricardo Novo ernannt, der bisher zweiter Mann im Senasa (dem tierischen Sanitätsdienst) war. Dabei wurden jedoch auch andere Kandidaten erwähnt, wie Bernardo Cané, bis vor einigen Jahren Vorsitzender des Senasa und jetzt Unterstaatssekretär von María Julia Alsogaray, und Juan Schiaretta, unter Cavallo Staatssekretär für Industrie. Novo soll jedoch nur eine Übergangslösung sein, da er am 3. Juli als Landwirtschaftssekretär der Provinz Córdoba antreten soll.

Das Zentrum für Studien über Produktion, das eine Studienabteilung des Staatssekretariates für Industrie, Handel und Bergbau ist, schätzt, dass die Importe im März um 21% unter März des Vorjahres liegen, so dass der Rückgang im 1. Quartal 1999 gegenüber der gleichen Vorjahresperiode 23,5% ausmacht.

Nachdem die Banco de Mendoza einen Depositverlust von über \$ 100 Mio. erlitt (etwa ein Viertel seiner Gesamtdespositen) hat die ZB die Initiative übernommen, um einen Zusammenbruch zu verhindern. Die Bank war von der Banco República unlängst gekauft worden (die Jaime Lucini und seinem Schwiegersohn Raul Moneta gehört). ZB-Präsident Pedro Pou versucht, verschiedene Banken für das Filialnetz der Bank zu interessieren. Angeblich soll hier auch die Citybank

mitwirken, die mit Moneta schon im CEI (Citicorp Equity Investments) verbunden ist.

Das Arbeitsministerium hat dem Präsidialamt schon das Projekt über das Dekret über die vorzeitige Pensionierung zugeleitet. Das System ist nur für Unternehmen bestimmt, die sich den Krisenbestimmungen angeschlossen haben, die im Gesetz 24.013, Titel III, Kapitel VI, reglementiert werden. Grundsätzlich geht es darum, dass Arbeitnehmer, die wenige Jahre vor dem Pensionierungsalter stehen, entlassen werden können, wobei das Unternehmen weiter einen Teil des Gehaltes oder Lohnes plus die Sozialabgaben zahlt, bis das Pensionsalter erreicht wird. Dabei entfällt die Entlassungsentschädigung, die für die Unternehmen in dieser Lage eine untragbare Belastung darstellt, und die bei älteren Angestellten relativ hoch zu sein pflegt.

Das Schatzamt konnte das 1. Quartal mit einem Defizit von \$ 1,23 Mrd. abschliessen, leicht unter der mit dem IWF vereinbarten Grenze von \$ 1,3 Mrd. Im März betrug das Defizit \$ 736,2 Mio. gegen \$ 327,5 Mio. im März 1998. Diese Defizitzahl schliesst jedoch die dezentralisierten Organe, die Soziale Sicherheit (ANSeS) und die verbleibenden Staatsunternehmen nicht mit ein, so dass die endgültige Zahl von dieser etwas abweichen wird.

Die Deputierten Humberto Roggero und Oscar Lamberto (PJ, Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender der Finanzkommission) haben ein Gesetzesprojekt eingebracht, das den Viehzüchtern erlaubt, die Zunahme ihres Bestandes während 3 Jahren von der Gewinnsteuer abzuziehen. Auf diese Weise soll die Aufstockung gefördert werden.

Die Einnahmen aus Versicherungsprämien lagen im Februar mit \$ 497,8 Mio. um 12,3% über Februar 1998. In 12 Monaten zum Februar verzeichnen die Prämieeneinnahmen eine Zunahme von 12,29% auf \$ 6,06 Mrd. Von den Prämien entfallen im Februar 66,5% auf KFZ, Brand und Vermögenswerte im allgemeinen, während 25,5% auf Lebensversicherung und 8% auf Ruhestandsversicherungen entfallen. Die Arbeitsrisikoversicherung wird hier nicht eingeschlossen.

Im März lagen die Stromlieferungen von Edenor (Stromverteilung im Norden und Westen der Bundeshauptstadt und Umgebung) um 9,8% über dem gleichen Vorjahresmonat, während Edesur (Südzone) um 10,3% höher lag. Der Stromverbrauch insgesamt lag im Vergleich zum Vorjahr daher etwa 10% höher.

Grund für den angestiegenen Stromverbrauch war die Hitzewelle im März.

Ab Montag letzter Woche haben etwa 400.000 Einzelhandelsgeschäfte neue Kontrollkassen einführen müssen, die über eine geschlossene Datenbank direkt mit dem Steueramt verbunden sind. Es handelt sich um Geschäfte die Büromaschinen, Möbel, Matratzen, Holzprodukte sowie Haushalts- und Unterhaltungsartikel verkaufen, sowie Videofilme vermieten und Wartungsdienste für Kabelfernsehen und Internet bieten. Das Amt für öffentliche Einnahmen (AFIP) schätzt, dass jetzt 75% der Geschäfte oder 300.000 Läden diese Kasse nutzen. Die fehlenden 100.000 Geschäfte sollen bis September an das System angeschlossen werden.

Durch Beschluss 212/99 des Sekretariates für Industrie, Handel und Bergbau (Amtsblatt vom 8.4.99) wurde der Firma Petroquímica Bahía Blanca S.A. die Genehmigung erteilt, Maschinen und Anlagen in Höhe von US\$ 160,41 Mio. plus Ersatzteile für US\$ 8,02 Mio. zollfrei zu importieren, im Rahmen des Beschlusses 502/95 des Wirtschaftsministeriums. Die Anlagen wurden von „The Dow Chemical CO.“, USA, gekauft. Diese neuen Anlagen werden für die Errichtung einer neuen Ätylenfabrik verwendet, wodurch die Kapazität von PBB stark erweitert wird.

Der Verkauf von KFZ auf dem Binnenmarkt lag im März mit 27.245 Einheiten um 11,3% über Februar, jedoch um 34,5% unter März 1998. Das gesamte erste Quartal lag um 29,5% unter der gleichen Vorjahresperiode. Der Export nach Brasilien lag im März mit 8.423 Einheiten um 58,4% unter dem gleichen Vorjahresmonat und im ersten Quartal um 58,8% unter dem Vorjahr. Die lokale Produktion lag im März mit 19.982 Einheiten um 52,2% unter dem gleichen Vorjahresmonat.

Claudio Viale ist an Stelle des zurückgetretenen Domingo Di Nucci zum Liquidator des staatlichen Rückversicherungsinstitutes INDeR ernannt worden. Präsident Menem kündigte im Oktober 1997 anlässlich des Tages der Versicherung die politische Entscheidung an, die gesamten Restschulden des INDeR an die Versicherungsanstalten zu zahlen. Das wurde jedoch nur zum Teil getan, wobei sich das INDeR mit den Anstalten über die Beträge streitet. In vielen Fällen laufen noch Prozesse, was die INDeR-Schuld unbestimmt gestaltet. Die Regierung will in Form von Staatstiteln und einem Teil in bar zahlen, aber mit einem Abschlag, den die Anstalten als zu hoch betrachten, und bei Übernahme der Anstalten der Restverantwortung bei Prozessen.

Wie das Wirtschaftsministerium verlauten liess, soll am kommenden Dienstag ein Paket von Massnahmen für die Landwirtschaft bekanntgegeben werden, mit folgenden Punkten: 1. Umstrukturierung der Passiven mit der Schuldner nur \$ 13,57 je \$ 100 Schuld zahlen muss, plus die Jahreszinsen für die Frist des neuen Kredites. Der Rest der Schuld wird ihm geschenkt. Das hat Roque Maccaroni, Präsident der Banco Nación, schon vor etwa einem Monat angekündigt. 2. Subvention der Zinsen an notleidende Landwirte für \$ 20 Mio. zu Lasten des Schatzamtes. 3. Kredite für Landwirte in Überschwemmungsgebieten. 4. Notleidende Landwirte werden von der Steuer auf Aktiven und auf das persönliche Vermögen ausgenommen. 5. Zertifikate für die vom Staat geschuldeten Beträge wegen zu viel gezahlter MWSt. 6. Differenzierte Strassengelder je nach Produkten.

Das Riesenwasserkraftwerk Yacyretá weist Schäden bei den Turbinen auf, die einen Stromausfall herbeiführen, der den Monatsumsatz um \$ 6 Mio schmälert. Der Fall wird gegenwärtig von Fachleuten untersucht, die in Italien und Kanada speziell für diesen Fall verpflichtet worden sind.

Die starken Regenfälle im Norden der Provinz Buenos Aires sowie im Süden von Córdoba und Santa Fé haben der Landwirtschaft einen Verlust von schätzungsweise \$ 600 Mio. zugefügt.

Die private Kreditaufnahme über plazierte ON ist im ersten Quartal 1999 auf US\$ 21.806 Mio. angestiegen. Nach Schätzungen der Fundación Capital (FC) lag damit die private Verschuldung um 3,5% unter dem Wert des ersten Quartals 1998 und 5,8% unter dem Jahreschlusswert 1998. Grundlage der FC-Berechnungen sind der ON-Bestand des Vorjahres (US\$ 22.065 Mio.) sowie die plazierten (US\$ 1.421 Mio.) und zurückgezahlten ON (US\$ 2.219 Mio.) im ersten Vierteljahr 1999. Die Zahl der Emissionen war demnach geringer als die Amortisationen früherer Ausgaben.

Der durch Hagel an der Obsternte entstandene Schaden in den Provinzen Río Negro und Neuquén beläuft sich in dieser Saison bislang auf \$ 63,7 Mio.. Nach Angaben der Provinzregierungen wurden bereits 310.000 Tonnen Äpfel und Birnen vernichtet.

Die Verschuldung des Landwirtschaftssektors bei den privaten und öffentlichen Kreditinstituten hat sich seit 1992 fast verdoppelt und beträgt derzeit etwa \$ 6 Mrd.. Dies geht aus den neuesten

Daten der Sociedad Rural Argentina (SRA) hervor. 1992 betrug die Schuld nur \$ 3,9 Mrd.. Nach der SRA-Studie befinden sich fast 80% der Schuldner in einer „kritischen Finanzsituation“. Während \$ 2,4 Mrd. oder 39,1% der Kredite von der Banco de la Nación Argentina vergeben wurden, partizipierten die Provinzbanken mit 19,28% oder \$ 1,19 Mrd. an der Kreditvergabe. Laut Studie muss der Landwirtschaftssektor jährlich \$ 26,7 Mio. Zinsen an die Provinzbanken zahlen. Der Jahreszins für den Landwirtschaftssektor habe bislang 12,5% betragen, werde sich durch die Einführung der Steuer auf Zinsen jedoch auf 14,3% erhöhen, was einem Absolutbetrag von \$ 50,7 Mio. entspricht.

Der Pepsi-Abfüller Baesa hat bei der Citibank einen Kredit über US\$ 20 Mio. aufgenommen. Dabei wurde für den Grossteil des Kredits in Höhe von US\$ 15 Mio. eine Hypothek auf die Fabrikanlage in der Provinz Buenos Aires aufgenommen, wie das Unternehmen am Montag bekanntgab. Als weiteres Pfand dienen der Citibank die Aktien der Baesa bei dem uruguayischen Abfüller Embotelladora.

Tren de la Costa und Boldt S.A. werden in Tigre ein 18.000 m² grosses Vergnügungszentrum errichten. Zum Bau des Centers gründen die beiden Gesellschaften mit einer Beteiligung von jeweils 50% die Trilenium S.A., wie der Mehrheitsaktionär von Tren de la Costa, Comercial del Plata, am Montag erklärte. Das Gebäude soll direkt gegenüber der Endstation des Tren de la Costa in Tigre entstehen und das Lotterietheater der Provinz sowie ein Casino mit 2.500 Spielautomaten beherbergen.

Ein Bundesgericht hat am Montag zum zweiten Mal das Ausschreibungsverfahren für den mobilen Telekommunikationsservice PCS gestoppt und damit dem Einspruch der kanadischen Telesystem stattgegeben. Die Kanadier betrachten die von Telefónica de Argentina und Telecom (Unifón und Telecom Personal) 1997 eingereichten Angeboten als regelwidrig. Sie stünden dem von der Regierung vor der Ausschreibung formulierten Ziel der Werbung neuer Marktteilnehmer entgegen. Über die Ausschreibung sucht die Bundesregierung einen Konzessionär für die Betreibung von zwei Wellenbereichen im mobilen Netz in der sogenannten Zone II zwischen Zárate und La Plata. Angebote wurden auch von Airtouch-Techint, Hutchinson, The Washington Post und GTE abgegeben. Bereits im April 1998 hatte Telesystem erstmals

Die Soldati-Gruppe strebt den Verkauf ihres Tochterunternehmens Transportadora de Gas del

Norte (TGN) für US\$ 200 Mio. an. Interessenten seien die französische Total und die argentinische Techint, die bereits 25% der TGN-Aktien hält, wie Soldati am Montag bekanntgab. TGN ist mit TGS einer der beiden grossen Betreiber von Gasleitungen in Argentinien und erwirtschaftet durchschnittlich einen Jahresgewinn von US\$ 100 Mio. Neben Techint ist auch die kanadische Transcanada, Nachfolgerin der Nova Corp, Minderheiten-Aktionärin bei TGN.

Das deutsche Unternehmen Steilmann hat sich nur 17 Monate nach der Übernahme von seiner argentinischen Tochter Etam getrennt. Das Wattenscheider Unternehmen machte am Montag jedoch keine Angaben über Preis und Käufer. Wie aus Wirtschaftskreisen verlautete, habe ein deutsch-argentinischer Investitionsfond die Modedekete über das von ihm kontrollierte Unternehmen Krutter gekauft. Der Fond habe demnach den US-amerikanischen Bewerber Advent sowie den ehemaligen Casa Tia-Besitzer Francisco de Narváez überboten. Als neuer Geschäftsführer von Etam wurde bereits Miguel Bactasanian präsentiert, unter dessen Leitung die brasilianische Textilkette Hering in der Vergangenheit in Argentinien expandierte. Etam, mit jährlichen Verkaufserlösen von US\$ 55 Mio. und landesweit 84 Lokalen, gilt als führende Modekette Argentiniens. Im November 1997 war sie von Steilmann für US\$ 15 Mio. gekauft worden.

Der in Zahlungsschwierigkeiten geratene Wasserkraftzeuger Piedra del Aguila hat der Banco de la Nación einen Umschuldungsplan vorgelegt um sich auf diese Weise den Zugang zu den internationalen Finanzmärkten zu erleichtern. Daneben schlug das Unternehmen dem Geldinstitut die Zahlung der ausstehenden Amortisationsquote einer Verbindlichkeit mit Rückzahlungsfrist 31. März vor. Wie Piedra del Aguila am Montag erklärte, wurde daneben ein Zahlungsaufschub für den Zinsendienst der siebten Serie einer Obligation über US\$ 300 Mio., die am 9. April ausgelaufen ist, vereinbart. Piedra del Aguila erlitt zuletzt einen Umsatzrückgang von US\$ 70 Mio. um 33% auf US\$ 47 Mio., und sieht sich derzeit nicht in der Lage, die 1999 anfallenden Rückzahlungen von US\$ 160 Mio. zu tätigen.

Die Groupe Schneider, einer der weltweit grössten Konzerne auf dem Markt für Energieverteiler und Industrieautomation, hat am Donnerstag ein Werk in San Martín, Provinz Buenos Aires, eröffnet, wo thermomagnetische Stromunterbrecher für den Export in den Mercosur und Chile hergestellt werden. Damit fertigt Schnei-

der dieses Produkt erstmals ausserhalb Europas, nachdem es dort bereits in Arles (Frankreich), Rieti (Italien), Ajax (Grossbritannien) und Zala (Ungarn) hergestellt wird. Die Investitionskosten der Anlage in San Martín belaufen sich auf US\$ 5 Mio.. Schneider produziert weltweit in 130 Ländern und erzielt jährliche Verkaufserlöse von US\$ 9 Mrd.. In Argentinien verzeichnet die Holding bislang einen Jahresumsatz von US\$ 70 Mio. und beschäftigt 250 Mitarbeiter. Schneider hatte 1992 über Telemecanique den hiesigen Markt erschlossen.

Alpargatas hat Verhandlungen mit 30 Gläubigern über eine Umstrukturierung der Verbindlichkeiten von US\$ 450 Mio. beendet. Die Gläubiger repräsentieren insgesamt 70% der ausstehenden Alpargatas-Schuld. Damit seien jetzt einjährige Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen worden, wie aus Unternehmenskreisen am Dienstag verlautete. Den insgesamt 200 Klein-Gläubigern, die zusammen 30% der Alpargatas-Verbindlichkeiten repräsentieren, werde vorgeschlagen, sich dem Plan anzuschliessen. Alpargatas hatte im März 1998 einen Schuldschein über US\$ 65 Mio. nicht fristgerecht zurückzahlen können, worauf die Umstrukturierungsverhandlungen begannen. Das von einer brasilianischen Gläubigerbank angestrebte Konkursverfahren sei wegen juristischer Haltlosigkeit abgewiesen worden, hiess es aus Börsenkreisen. Alpargatas schuldet der Bank US\$ 200.000.

Die auf Medienmanagement spezialisierte spanische Carat España wird für US\$ 13,3 Mio. 51% der Aktien der Werbeagentur Fax übernehmen. Fax wollte die Meldung aus Spanien bislang jedoch nicht bestätigen. Fax, in Besitz der Gruppe Socma, ist mit einem Jahresumsatz von US\$ 100 Mio. die zweitgrösste lokale Werbeagentur.

Osvaldo Rial wird vom 30. April an den Spitzenverband der Industrie, die Unión Industrial Argentina (UIA), präsidieren. Ihm zur Seite stehen als neuer erster Vizepräsident der jetzige Präsident Alberto Alvarez Gaiani und als Generalsekretär José Ignacio de Mendiguren.

Die Ende 1998 eingeführte KFZ-Steuer, mit deren Aufkommen eine Anhebung der Lehrgehälter finanziert werden sollte, hat bislang \$ 10 Mio. eingebracht. Dies erklärte am Dienstag der Chef der Bundesverwaltungsstelle für Öffentliche Einnahmen (AFIP), Ca-

riolo Silvani.

Das Transportsekretariat hat am Dienstag die fünf Angebote für die Modernisierung der U-Bahnlinie A von Plaza de Mayo bis Primera Junta in Caballito bekanntgegeben. Demnach haben bei der öffentlichen Ausschreibung für das von der Weltbank finanziell unterstützte Projekt die deutschen Hochtief und Siemens, Ansaldo Trasporti SPA, Comercial del Plata Construcciones gemeinsam mit GTMH sowie Benito Roggio gemeinsam mit Techint geboten. Die zunächst interessierten Sade und Ormas zogen ihre Angebote zurück. Die Kostenvorschläge der Unternehmen bewegen sich zwischen US\$ 30,5 Mio. (Gruppe Roggio) und US\$ 41,7 (Siemens). Innerhalb eines Monats muss das Transportsekretariat jetzt die Weltbank über die Angebote informieren. Die Modernisierung der Linie A schliesst eine Umgestaltung der U-Bahnhöfe, Gleisarbeiten sowie die Implementierung eines neuen Kommunikationssystems ein.

Das Arbeitsministerium hat sich gegenüber dem Internationalen Währungsfond (IWF) zur Einführung des Programms zum vorgezogenen Ruhestand verpflichtet. Dies gab der Arbeitssekretär José Uriburu am Dienstag bekannt. Das Programm wird etwa 300.000 Arbeitnehmer betreffen. Weiter verpflichtete sich das Ministerium zur Verabschiedung eines Gesetzes, welches in den nächsten zwei bis drei Monaten die bestehende Entschädigung durch einen sogenannten „Entlassungsfond“ ersetzen soll. Mit der Vorlage des Gesetzes im Kongress habe das Arbeitsministerium bereits die Anforderungen des IWF erfüllt, sagte Uriburu weiter. Jetzt müsse eine unabhängige Studie noch den Anstieg der Beiträge, die vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsam auf ein Konto eingezahlt werden, ermittelt werden. Im Falle der vorzeitigen Pensionierung wird der Arbeiter dort monatlich eine Summe abheben können, die prozentual der Entschädigungszahlung entspricht. Der Entlassungsfond ersetzt auch die Arbeitslosenversicherung. Momentan nutzen 90.000 Arbeitnehmer diese Versicherung mit einem Zahlungsbetrag von monatlich \$ 250.

Multicanal, das Kabelfernseherunternehmen der Clarín-Gruppe, hat Obligationen für US\$ 175 Mio. mit einer Laufzeit von 10 Jahren auf dem internationalen Finanzmarkt plazierte. Die Emission wurde von den Kreditinstituten Credit Suisse-First Boston und Bank Boston durchgeführt und ist Teil der

KFZ-Industrie diskutiert über Mercosur-Ordnung

Der Verband der Automobilhersteller (ADEFSA) hat Wirtschaftsminister Roque Fernández am Dienstag seine Befürchtungen hinsichtlich des bestehenden Handelsabkommens im Automobilsektor mit Brasilien vorgetragen. Während der insgesamt zwei Stunden dauernden Unterredung sprachen die acht Präsidenten in Vertretung der insgesamt elf in der ADEFSA zusammengeschlossenen Fahrzeugproduzenten die Themen bilateraler Handel, Stückkosten und Real-Abwertung an.

Die ADEFSA-Vertreter forderten im bilateralen Handel einen Nullzoll nur für die in beiden Ländern ansässigen Unternehmen. Alle anderen Firmen sollten auch weiterhin mit einem Zoll von 35% belastet werden, wie er bei einem Import aus Drittländern zu zahlen ist.

Ein weiteres Anliegen war den Autoherstellern ein Einfrieren der Preise bei Autozulieferer und -Teilen auf dem jetzigen Niveau. Hierbei solle den im Mercosur ansässigen Unternehmen auf jedes dort gekaufte Bestandteil zu einem Zoll von 35% die Einfuhr eines weiteren Vorproduktes aus einer Extrazone zu einem geringeren als diesem gestattet werden. Auch solle es den Herstellern ermöglicht werden, Autos im Umfang von 15% bis 20% der eigenen Produktionsmenge aus ebendieser Extrazone zu einem Vorzugszoll von 17,5% (gegenüber 35%) zu importieren.

Dieser Vorzugszoll sei auch aufgrund des Kursverlustes des Real und des hierdurch erschwerten Inlandsabsatzes erforderlich. „Wir müssen unsere Produktpalette durch Importe auffüllen. Bei den derzeitigen Kosten sei dies ohne eine Senkung des bestehenden 35%-Zolls nicht möglich“, erklärten die Autovertreter dem Wirtschaftsminister.

Umstrukturierung des mittelfristigen Finanzierungsplans. Daneben erneuerte Multicanal einen im Februar ausgegebenen Wechsel („commercial paper“) über US\$ 50 Mio.. Das grösste Unternehmen auf dem lateinamerikanischen Medienmarkt ist damit eines der ersten argentinischen, die sich nach den Auswirkungen der Brasilien-Krise auf dem internationalen Markt finanzieren.

Der Import von Schuhen aus Brasilien ist im ersten Quartal 1999 stark angestiegen. Wie das Unterstaatssekretariat für Aussenhandel am Donnerstag bekanntgab, stieg die Einfuhr um 78% gegenüber dem Vergleichszeitraum aus dem Vorjahr an. Verantwortlich für die Zunahme sei die Abwertung des Real. Im vergangenen Januar habe der durchschnittliche Preis für brasilianische Schuhe US\$ 8,08 betragen, im Februar US\$ 7,43 und im März nur noch US\$ 5,69, was eine Verbilligung von fast 30% gegenüber Januar bedeutet. 1998 kosteten brasilianische Schuhe den Verbraucher in Argentinien durchschnittlich US\$ 6,73.

Unter Verzicht auf eine öffentliche Ausschreibung wird die Regierung in den nächsten Tagen die Bontes 2027 gegen liquiderere Globalbonds auswech-

seln. Der Tausch in die laufzeitgleichen Bonds begünstigt die AFJP, die den Grossteil der Bontes 2027 erworben hatte. Beide Schuldscheine weisen eine jährliche Effektivverzinsung von 11% aus.

Die vom Kongress im letzten Jahr beschlossene Ablehnung der Vetorechte der Regierung hinsichtlich der Reformen der Fiskalpolitik ist aufgehoben worden. Jedoch handle es sich hierbei nur um eine temporäre Aussetzung, wie Wirtschaftsminister Roque Fernández und der Vorsitzende des Finanz- und Haushaltsausschusses der Abgeordnetenkammer, Oscar Lamberto, am Mittwoch erklärten. Die Ablehnung der Einspruchsrechte werde demnach abhängig gemacht von der Entwicklung des Steueraufkommens der nächsten Monate.

Die Regierung erwägt eine Erhöhung der Subvention auf die Verschrottung von Gebrauchtwagen innerhalb des Plans Canje II. Dies gaben am Dienstag nach einem gemeinsamen Treffen Wirtschaftsminister Roque Fernández und der Verband der Automobilproduzenten (Adefsa) bekannt. Der exakte Betrag des Anstiegs wurde nicht genannt. Offen ist auch, mit welchen Mitteln die Erhöhung finanziert wird.

PREISENTWICKLUNG										
Änderung in Prozenten I: gegenüber Vormonat, II: gegenüber Vorjahr										
Monat	Konsumentenpreise		Grossistenpreise Allgemein)		Grossistenpreise: national				Baukosten	
	I	II	I	II	Nichtlandwirtschaftlich		Landwirtschaftlich		I	II
1998										
Februar	0,3	0,5	0,2	-2,2	0,0	-1,2	1,3	1,8	-0,1	0,9
März	-0,1	0,8	-0,3	-2,0	0,0	-1,2	-0,6	0,3	0,2	0,6
April	0,0	1,2	0,1	-1,5	0,0	-1,4	1,1	1,2	0,1	0,8
Mai	-0,1	1,2	-0,2	-2,3	0,0	-1,2	1,1	-0,2	0,0	0,5
Juni	0,2	1,1	-0,1	-2,0	0,0	-1,2	0,7	0,4	0,0	0,4
Juli	0,3	1,2	-0,4	-1,9	0,0	-1,2	-0,9	0,8	-0,1	-0,3
August	0,0	1,1	-0,7	-3,1	0,0	-0,6	-1,3	-3,7	-0,2	-1,2
September	0,0	1,1	-1,0	-3,2	0,0	0,1	-5,7	-10,0	0,2	-1,0
Oktober	-0,4	0,9	-1,1	-4,9	0,1	0,2	-1,4	-11,7	0,0	-0,9
November	-0,2	0,8	-0,9	-5,8	0,0	0,1	-1,4	-13,0	0,2	-0,3
Dezember	0,0	0,7	-1,1	-6,3	-0,5	-0,4	-4,8	-16,4	0,1	0,0
1999										
Januar	0,5	0,5	-0,5	-5,5	0,0	-0,4	-5,6	-16,6	0,3	0,2
Februar	-0,2	0,0	-0,8	-6,5	0,0	-0,4	-2,2	-19,4	0,3	0,6
März	-0,8	-0,6	0,1	-6,3	-0,7	-0,7	-0,4	-19,2	0,2	0,5

Quelle: INDEC

Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank

(in Milliarden Pesos)

	25.1.99	8.2.99	15.2.99	22.2.99	1.3.99	22.3.99	26.3.99	5.4.99
Gold, Devisen u. Anlagen	25,47	24,48	24,57	24,73	24,53	24,16	24,24	24,06
Staatspapiere	1,60	1,64	1,66	1,68	1,68	1,64	1,63	1,63
Internat. Reserven ZB	27,07	26,12	26,23	26,41	26,21	25,80	25,87	28,80
Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350)	6,62	7,56	7,30	6,79	6,80	7,00	7,35	7,00
Währungsreserven des								
Finanzsystems	33,68	33,68	33,54	33,20	33,01	32,80	33,24	32,80
Notenumlauf	15,58	15,06	15,44	14,63	14,71	14,45	14,08	14,45
Bankdep. in Dollar bei ZB	0,03	0,03	0,03	0,01	0,02	0,01	0,01	0,01
Monetäre Passiven	15,61	15,10	15,47	14,64	14,73	14,46	14,09	14,46
Nettosaldo Swaps	9,74	9,27	8,99	10,25	9,94	9,73	10,16	9,73
Depositen der Regierung	0,93	0,94	1,96	1,52	2,63	2,44	2,14	2,44
Finanzpassiven	25,35	24,37	24,47	24,88	24,67	24,19	24,25	24,19

Quelle: Zentralbank